

---

# Rahmenbedingungen des Sustainable Marketing: Der Politische Wandel

Helmut Schneider, Frederik Ferié und Anja Quednau

## Inhaltsverzeichnis

1	Marketing im Spannungsfeld von Politik und Nachhaltigkeit .....	86
2	Datengrundlage und Methode .....	89
2.1	Datengrundlage .....	89
2.2	Methode .....	91
3	Ergebnisse .....	94
3.1	Kategorienübergreifende Analyse der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in den Koalitionsvereinbarungen .....	94
3.2	Ergebnisse zu den einzelnen Nachhaltigkeitskategorien .....	98
3.2.1	Generationengerechtigkeit .....	98
3.2.2	Sozialer Zusammenhalt .....	101
3.2.3	Lebensqualität .....	104
3.2.4	Internationale Verantwortung .....	107
3.3	Analyse auf Themenebene .....	109
4	Zusammenfassende Diskussion der Ergebnisse .....	110
	Literatur .....	113

---

## Zusammenfassung

Unternehmen stehen mit ihrer Umwelt in einer wechselseitigen Beziehung. Nicht nur beeinflussen unternehmerische Handlungen in vielfältiger Weise die Gesellschaft, sondern auch die Unternehmensumwelt nimmt Einfluss auf die Unternehmen. Dabei

---

H. Schneider (✉)  
Steinbeis-Hochschule Berlin, Gürtelstr. 29A/30, 10247 Berlin, Deutschland  
E-Mail: h.schneider@steinbeis-smi.de

F. Ferié · A. Quednau  
Steinbeis-Hochschule Berlin, Gürtelstr. 29A/30, 10247 Berlin, Deutschland

bestimmen nicht zuletzt politische Entscheidungen Freiheitsgrade und Limitationen unternehmerischen Handels; auch und insbesondere in Bezug auf ihren Nachhaltigkeitsbeitrag. Mit der Analyse der Koalitionsvereinbarungen auf Bundesebene seit 1990 wählt dieser Beitrag einen empirischen Zugang, um den Wandel in den politischen Rahmenbedingungen zu vermessen. Hierbei zeigt sich erstens, dass im Durchschnitt aller beobachteten Wahlperioden Nachhaltigkeitsthemen in den Koalitionsvereinbarungen einen starken Bedeutungszuwachs erfahren haben. Zweitens scheinen Nachhaltigkeitsthemen allerdings offenbar den Zenit ihrer Relevanz für Koalitionsverträge überschritten zu haben. Drittens lässt sich in Hinblick auf die thematische Ausrichtung einerseits eine holistische Nachhaltigkeitsperspektive feststellen, die andererseits deutliche thematische Schwerpunkte aufweist. Basierend auf diesen und weiteren Ergebnissen werden abschließend Schlussfolgerungen für ein Nachhaltigkeitsmanagement gezogen.

---

## 1 Marketing im Spannungsfeld von Politik und Nachhaltigkeit

Unternehmen übernehmen in ihrer originären Rolle als wertschöpfende Transformatoren (vgl. Wöhe 2002) eine essentielle Aufgabe in der marktwirtschaftlichen Ordnung. Unternehmerische Wertschöpfungsprozesse können nicht autonom vollzogen werden, sondern bedingen im Gegenteil vielfältige Verflechtungen zwischen Unternehmen und ihrer Umwelt. Nicht von ungefähr finden sich in wohl jedem Lehrbuch zur Einführung in die Marketingwissenschaft Entscheidungsmodelle, an dessen Anfang unter anderem eine Analyse der externen Unternehmensumwelt im Sinne einer Abschätzung von Chancen und Risiken steht (vgl. beispielhaft Backhaus und Schneider 2009; Kotler et al. 2008; Meffert et al. 2012).

Die Beziehungen zwischen Unternehmen und ihrer Umwelt sind dabei reziproker Natur. Nicht nur die Unternehmensumwelt nimmt Einfluss auf die Unternehmen, sondern auch unternehmerische Handlungen beeinflussen in vielfältiger Weise die Gesellschaft (vgl. Meffert und Kirchgeorg 1993; Meffert et al. 2012). An dieser Schnittstelle setzt der Diskurs um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen an. Auf der einen Seite dieser Debatte steht der von großem Vertrauen in die Funktionsfähigkeit von Märkten getragene Standpunkt, dass sich die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen auf die Gewinnerzielung beschränkt (vgl. etwa Friedman 1970). Auf der anderen Seite wird unter Hinweis auf vielfältige externe Effekte unternehmerischen Handelns darauf verwiesen, dass Unternehmen eine über die Gewinnerzielung hinausgehende Verantwortung, etwa in ökologischer oder sozialer Hinsicht, für die Wohlfahrt einer Gesellschaft besitzen (vgl. Aguinis und Glavas 2012; Leisinger 2008; Porter und Kramer 2011).

Im Marketing hat diese Debatte um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ihren Niederschlag in der Frage gefunden, welchen Beitrag Marketing für die nachhaltige Entwicklung einer Gesellschaft leistet respektive leisten sollte (vgl. etwa van Dam und Apeldoorn 1996; Ferdous 2010; Hunt 2011). Marketing und Nachhaltigkeit stehen dabei in einem gewissen Spannungsfeld zueinander: während Marketing darauf ausgerichtet

ist, den Konsum anzuregen (vgl. Jones et al. 2008), zielt Nachhaltigkeit darauf ab, u. a. den Konsum dahingehend zu limitieren, dass die Lebensqualität zukünftiger Generationen nicht gefährdet wird (vgl. WCED 1987). Im Nachhaltigkeitskonzept werden soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und wirtschaftlicher Erfolg zu gleichberechtigten Komponenten einer Zielfunktion unternehmerischen Handelns (vgl. Hansen und Schrader 2005).

Nachhaltiges Agieren von Unternehmen kann sowohl intern als auch extern motiviert sein. Interne Zugänge basieren insbesondere auf einem Selbstverständnis der Eigentümer, wonach sich die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens nicht in seinen wirtschaftlichen Beiträgen erschöpft (vgl. Freimann 2012; Peloza und Shang 2011; Vázquez-Carrasco und López-Pérez 2012). Externe Anstöße resultieren aus der Erwartungshaltung relevanter Anspruchsgruppen, hierbei nicht zuletzt der Kunden, an ein Verhalten von Unternehmen, das eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung nicht gefährdet. Die Ignoranz derartiger latenter oder manifester Ansprüche kann die Legitimation eines Unternehmens und damit letztlich seine wirtschaftliche Existenz gefährden (vgl. Porter und Kramer 2006).

Ein Kulminationspunkt der Formulierung solcher Erwartungshaltungen ist „die Politik“. Akteure des politischen Teilsystems setzen, z. B. in Form des Rechts, oder beeinflussen, etwa über initiierte Selbstverpflichtungen, wesentliche Rahmenbedingungen für nachhaltiges unternehmerisches Handeln. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Beitrag die Frage, ob und, wenn ja, wie sich die politischen Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Marketing verändert haben. Ein empirischer Zugang zu dieser Fragestellung erfordert Konkretisierungen in drei relevanten Dimensionen:

- **Wann:** Erstens bedingt eine Analyse des Wandels politischer Rahmenbedingungen gleich welcher Couleur die Definition eines Untersuchungszeitraums, da Veränderungen nur im Längsschnitt beobachtbar sind.
- **Wo:** Zweitens ist das Untersuchungsobjekt „politische Rahmenbedingungen“ zu konkretisieren, um Hinweise auf die Suchräume der Analyse zu erhalten.
- **Wonach:** Drittens schließlich ist angesichts der Vielschichtigkeit politischer Rahmenbedingungen zu reflektieren, welcher Teil veränderter politischer Rahmenbedingungen relevant für den Untersuchungsgegenstand „nachhaltiges Marketing“ ist.

Der Betrachtungszeitraum veränderter politischer Rahmenbedingungen ist in hohem Maße skalierbar. So können politische Veränderungen je nach Erkenntnisinteresse sowohl aus einer Dekaden- (z. B. Prozess der europäischen Integration) als auch einer Monatsperspektive (z. B. Prozess der deutschen Wiedervereinigung) sinnvoll beschrieben werden. Für die hier im Fokus stehende Fragestellung scheint ein retrospektiver Zeitraum von rund zwei Dekaden aus unterschiedlichen Gründen sinnvoll. Erstens wurde mit Aufkommen des Nachhaltigkeitsthemas in den 1980er Jahren sowohl die gesellschaftliche als auch die unternehmerische Dimension von Nachhaltigkeit explizit in den Diskurs einbezogen (vgl. WCED 1987). Zweitens scheint dieser Betrachtungszeitraum lang genug, um themeneinschlägige Veränderungen beobachten zu können. Drittens schließlich markiert die deut-

sche Einheit einen fundamentalen Schnitt in der Nachkriegsentwicklung Deutschlands. Vor diesem Hintergrund wurde als Betrachtungszeitraum die Zeit ab der Wiedervereinigung Deutschlands in 1990 festgelegt.

Um das Untersuchungsobjekt „politische Rahmenbedingungen“ zu konkretisieren, sind die Wirkungskorridore dieser Rahmenbedingungen zu reflektieren. Hierbei sind zwei Entscheidungsebenen relevant: der zu untersuchende inhaltliche Gegenstandsbereich und die zu betrachtende politische Gliederungsebene. Politik kann Unternehmen über verschiedene Ebenen und Kanäle beeinflussen. In der Politikwissenschaft hat sich die differenzierte Analyse der Politik auf den definitorisch getrennten Ebenen und inhaltlichen Gegenstandsbereichen Policy, Politics und Polity etabliert (vgl. Jahn 2011). Unter Policy bzw. Policies werden Politikfelder, wie zum Beispiel Wirtschafts-, Umwelt- und Energiepolitik, verstanden sowie das darin erfolgende politische Handeln, etwa in Form von erlassenen Gesetzen (vgl. Jahn 2006). Der Bereich Politics umfasst politische Prozesse, auch die Interaktion zwischen politischen und gesellschaftlichen Systemen. Polity wiederum subsummiert die politischen Institutionen, im engeren Sinne das Staatssystem und die Verfassung, im weiteren Sinne auch andere regulierende Institutionen (vgl. North 1990).

Grundsätzlich kann jede dieser drei Konkretisierungen des Politikbegriffes sinnvoll in Beziehung zur Fragestellung dieses Beitrages gesetzt werden. Für eine Längsschnittanalyse muss der Untersuchungsgegenstand im Zeitraum einerseits hinreichende Veränderungen aufweisen, andererseits einer empirischen Beobachtung zugänglich sein. Als in hohem Maße veränderliches und zugleich unmittelbar verfügbares Untersuchungsobjekt bieten sich hierbei die Policies einer Regierung und damit die konkrete parlamentarische Gesetzgebung an. Die Veränderung von Gesetzen stellt allerdings den Endpunkt eines mitunter langwierigen gesellschaftlichen Diskurses dar. Insofern würde eine Zeitraumanalyse von Gesetzesänderungen die Zeitachse im Hinblick auf politisch formulierte Ansprüche an nachhaltiges Verhalten von Unternehmen verzerrt wiedergeben. Zudem sind Gesetze häufig die ultima ratio einer politischen Intervention in wirtschaftliche Abläufe. Zuvor wird über niedrig-schwelligere Instrumente, nicht zuletzt über die Androhung gesetzlicher Regelungen, der Versuch unternommen, Unternehmen zu einer Verhaltensänderung zu bewegen. Auch diese Form von Einflussnahme würde bei einer Analyse des gesetzlichen Rahmens unberücksichtigt bleiben, obgleich sie zu den politischen Rahmenbedingungen zu zählen ist. Daher wurden hier Koalitionsvereinbarungen<sup>1</sup> als Untersuchungsobjekte gewählt. Koalitionsvereinbarungen haben zwar keinen rechtlich bindenden Charakter für die Akteure, definieren aber dennoch die politische Agenda der Regierungsbeteiligten für eine Legislaturperiode (vgl. von Schlieffen 2005). Sie bilden damit eine zeitsensitive Vorstufe für gesetzgeberische Initiativen der Regierung, ohne sich auf diese Form der politischen Einflussnahme zu beschränken.

---

<sup>1</sup> Obwohl in unterschiedlichen Wahlperioden (WP) die verschriftlichten Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen verschiedentlich sowohl als Koalitionsvertrag als auch als Koalitionsvereinbarung bezeichnet wurden, ist die Verwendung beider Begriffe in der wissenschaftlichen Literatur zumeist synonym (vgl. von Schlieffen 2005). In diesem Beitrag wird aus Verständnisgründen durchgehend der Begriff Koalitionsvereinbarung angewendet.

Zusätzlich zur Konkretisierung des inhaltlichen Gegenstandsbereichs muss auch die zu analysierende politische Gliederungsebene festgelegt werden. Im Zuge der europäischen Integration haben sich die Verantwortungs- und Aufgabenbereiche der staatlichen Institutionen auf den unterschiedlichen Gliederungsebenen (Europa, Bund, Land, Kommune) zum Teil signifikant verschoben (vgl. Puhl 2005). Dennoch ist eine Analyse grundsätzlich auf jeder dieser vier Ebenen möglich, wobei sich die supraregionalen Gliederungen aufgrund ihrer Bedeutung für die deutsche Unternehmenslandschaft im Allgemeinen eher anbieten. Die Bundesebene übernimmt im politischen Prozess- und Institutionsgefüge häufig eine Nexusfunktion zwischen europäischen Institutionen und den nationalen Untergliederungen (vgl. Beichelt 2009; von Beyme 2010), die sie als strategisch relevante Untersuchungsebene hervorhebt. Vor diesem Hintergrund wurde die Bundesebene als Bezugsgröße der Analyse ausgewählt.

Zur Spezifizierung des Untersuchungsgegenstandes Nachhaltigkeit stehen eine Vielzahl möglicher Messinstrumente und mit dem Thema Nachhaltigkeit in Zusammenhang stehende Indikatorensets zur Verfügung. Für diese Untersuchung wurde auf die Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung zurückgegriffen (vgl. Bundesregierung 2012; Statistisches Bundesamt 2012). Seit nunmehr fast zehn Jahren verwendet das Statistische Bundesamt dieses Set zur Bestimmung des Zielerreichungsgrads der Umsetzung der nationalen Strategie zur nachhaltigen Entwicklung. Es bietet gegenüber anderen möglichen nationalen und internationalen Indikatorensets den Vorteil, dass es sich auf Bundesebene etabliert hat und somit Vergleichsmöglichkeiten eröffnet.

Zusammenfassend wurden zur Erfassung des Wandels der politischen Rahmenbedingungen eines nachhaltigen Marketing die Koalitionsvereinbarungen auf Bundesebene der letzten sechs Legislaturperioden als Untersuchungsobjekt ausgewählt. Zur Identifikation von Nachhaltigkeitsaspekten in diesen Koalitionsvereinbarungen wird auf das Indikatorenset des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen.

Der Rest des Beitrages gliedert sich wie folgt: zunächst wird vor dem Hintergrund der sechs ausgewählten Koalitionsvereinbarungen auf die Rolle und Bedeutung von Koalitionsvereinbarungen generell eingegangen. Nachfolgend wird die Methode der Auswertung dieses Textmaterials vorgestellt. Nach einer detaillierten Beschreibung der Resultate schließt der Beitrag mit einer zusammenfassenden Diskussion der Ergebnisse.

---

## 2 Datengrundlage und Methode

### 2.1 Datengrundlage

Tabelle 1 beschreibt die untersuchten Koalitionsvereinbarungen im Hinblick auf Zeitraum, beteiligte Parteien und programmatischen Titel.

Koalitionsvereinbarungen sind in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1970er Jahren ein fester Bestandteil der politischen Prozesse im Zuge der Bildung einer Koalitionsregierung (vgl. Kropp und Sturm 1998). Die vertragliche Fixierung der Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen, die von Delegierten der Koalitionspartner in spe geführt

**Tab. 1** Koalitionsvereinbarungen seit 1990 (Quelle: Deutscher Bundestag 2010)

Wahlperiode	Zeitraum	Beteiligte Parteien	Titel
12	1990–1994	CDU/CSU, FDP	Koalitionsvereinbarung
13	1994–1998	CDU/CSU, FDP	Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen
14	1998–2002	SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert
15	2002–2005	SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit: Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie
16	2005–2009	CDU/CSU, SPD	Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit
17	2009–2013	CDU/CSU, FDP	WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT

werden, hat zwar keine verfassungsrechtliche Verbindlichkeit, gleichwohl aber eine hohe faktische Bindungskraft (vgl. von Schlieffen 2005). Koalitionsvereinbarungen umfassen neben den Ressortabsprachen in erster Linie die programmatischen Vereinbarungen und Bedingungen, auf deren Grundlage die Koalitionspartner ihre Zustimmung zur Wahl eines gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers geben (vgl. Georgii 2009).

Eine Koalitionsvereinbarung bildet die programmatische Grundlage für die Zusammenarbeit der Koalitionspartner als Regierungsparteien in der Legislaturperiode und ist damit der Ausgangspunkt der Policies dieser Regierung. Ein Bruch der Koalitionsvereinbarungen würde eine fundamentale Eskalation zwischen den Koalitionspartnern bedeuten, die ultimativ die Auflösung der Koalition zur Folge haben könnte. Dementsprechend werden den Koalitionsverhandlungen und der Ausarbeitung der Koalitionsvereinbarung von Seiten der Führung der Koalitionspartner, aber auch von der Öffentlichkeit, eine hohe Bedeutsamkeit beigemessen. Während Wahl- und Grundsatzprogramme die fundamentalen programmatischen Positionen einzelner Parteien ohne die dem demokratischen Diskurs geschuldete Limitation der politischen Umsetzbarkeit ausdrücken, haben Koalitionsvereinbarungen als Ergebnis interparteilicher Verhandlungsprozesse und ihrer größeren Nähe zu tatsächlichem politischem Handeln einen höheren Verbindlichkeitsgrad.

Auch parteiintern wird die Funktion von Koalitionsvereinbarungen als richtungsweisende, koalitionsparteiübergreifende Leitschnur für die Legislaturperiode konsentiert. Dies wird durch die de-facto Ratifikation von Koalitionsvereinbarungen durch Parteitage noch verstärkt, welche sich in den letzten Jahrzehnten bei nahezu allen Parteien etabliert hat (vgl. von Schlieffen 2005). Der strategische ex-ante Charakter der Koalitionsvereinbarung für die gesamte Legislaturperiode und ihre faktische Verbindlichkeit für Koalitionsparteien und Regierungsmitglieder (vgl. Moury 2010) qualifizieren sie als geeignete Datengrundlage für eine empirische Untersuchung politischer Rahmenbedingungen.

## 2.2 Methode

Der Charakter der gewählten Datengrundlage „Koalitionsvereinbarungen“ erfordert ein Analyseverfahren, das in der Lage ist, Textmaterial als Basis der beabsichtigten Zeitreihenbetrachtung statistisch zu verdichten. Vor diesem Hintergrund wurde das Datenmaterial mit Hilfe einer Frequenzanalyse (vgl. Kuckartz 2010), einem Verfahren aus der Gruppe quantitativer Inhaltsanalysen, ausgewertet.<sup>2</sup> Der Einsatz der Frequenzanalyse sowohl in Bezug auf das gesamte Nachhaltigkeitsthema als auch hinsichtlich einzelner Nachhaltigkeitskategorien soll Aussagen über die Bedeutungsentwicklung und etwaige Veränderungen thematischer Schwerpunkte ermöglichen.

Das methodische Vorgehen orientierte sich dabei an einem Vorschlag von Mayring (2010). Nach Präzisierung der Fragestellung und Definition der Datengrundlage (s. o.), waren demnach insbesondere die thematische Kategorisierung und Codierung des Nachhaltigkeitsbegriffes festzulegen. Dazu wurde auf die Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung zurückgegriffen (vgl. Bundesregierung 2012; Statistisches Bundesamt 2012), die zur Messung des Umsetzungserfolges der erstmals in 2002 verabschiedeten nationalen Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt wurden.

Dieses Inventar umfasst 38 Einzelindikatoren, die die nachhaltige Entwicklung der Bundesrepublik in vier Bereichen, sog. Leitlinien (Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung), und 21 Themen messen (vgl. Tab. 2).

Anhand der Leitlinien und den dazugehörigen Indikatoren wurde ein Codierschema entwickelt, das den durch die Indikatoren beschriebenen inhaltlichen Raum abbildet. Ausgangspunkt der Codierung war der Wortlaut und die inhaltliche Bedeutung der den Indikatoren zugrundeliegenden Nachhaltigkeitsziele. Die verwendeten „Suchbegriffe“ lassen sich der rechten Spalte von Tabelle 2 entnehmen. Ein „\*“ vor oder nach einem der Suchbegriffe bedeutet, dass der jeweilige Begriff auch in Wortkombinationen Gegenstand des Suchprozesses war.

Die Koalitionsvereinbarungen wurden anhand dieser Suchbegriffe quantitativ ausgewertet. Eine Häufigkeitsauszählung, die ausschließlich auf den entwickelten Codes basiert, kann zu nicht validen Ergebnissen aufgrund von Mehrdeutigkeiten einzelner Wörter, einer inhaltlichen Färbung von Begriffen oder einer Extensionsbestimmung durch den Kontext führen. Zudem sind der inhaltliche Bezug der Fundstellen sowie mögliche substitutive Begriffe zu berücksichtigen (vgl. Mayring 2010).

Vor dem Hintergrund dieser Limitationen einer mechanischen Frequenzanalyse wurden die Suchbegriffe im jeweiligen Kontext analysiert und manuell einer Kategorie zugeordnet. Insgesamt wurden in den sechs Koalitionsvereinbarungen 1205 Textstellen identifiziert, die in Verbindung mit den Nachhaltigkeitsindikatoren stehen. Da die Koalitionsvereinbarungen der einzelnen Wahlperioden unterschiedliche Textumfänge aufweisen, wurde zur Vergleichbarkeit der Zeitreihe die Anzahl der Fundstellen in Relation zur

---

<sup>2</sup> Hierbei wurde das Programm MAXQDAplus in der Version 10 verwendet.



**Tab. 2** Übersicht über Nachhaltigkeitsindikatoren und -codes. (Quelle: In Anlehnung an Statistisches Bundesamt (2012); Bundesregierung (2012))

Nachhaltigkeitsbereich	Codes/Suchwörter
<i>I. Generationengerechtigkeit</i>	
Ressourcenschonung: <i>Ressourcen sparsam und effizient nutzen</i>	Ressourcenschonung, sparsam, Energieverbrauch, Energieproduktivität, Rohstoffproduktivität, Energieeffizienz, Energieeinsparung, Energie*
Klimaschutz: <i>Treibhausgase reduzieren</i>	Klimaschutz, Treibhausgasemission, Treibhausgas, CO <sub>2</sub> *, Emission*
Erneuerbare Energien: <i>Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen</i>	erneuerbare Energie, zukunftsfähige Energieversorgung, Energiemix, Energie*, Energieversorgung, Energiewende, alternative Energie, regenerative Energie
Flächeninanspruchnahme: <i>Nachhaltige Flächennutzung</i>	nachhaltige Flächennutzung, Siedlungsfläche, Verkehrsfläche, Flächennutzung, Flächeninanspruchnahme, Flächenverbrauch, Fläche*
Artenvielfalt: <i>Arten erhalten – Lebensräume schützen</i>	Artenvielfalt, Lebensraum, Landschaftsqualität, Arten erhalten, biologische Vielfalt, Landschaft, Umweltschutz, natürliche Ressourcen, Natur*
Staatsverschuldung: <i>Haushalt konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen</i>	Staatsverschuldung, Staatsdefizit, Schuldenstand, Haushalt, strukturelles Defizit, Staatsfinanzen, Sanierung Staatsfinanzen, Schulden*, *Finanzen, Konsolidier*
Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge: <i>Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft erhalten</i>	wirtschaftliche Zukunftsvorsorge, Investitionsbedingungen, Wohlstand, Investition, Zukunftsvorsorge
Innovation: <i>Zukunft mit neuen Lösungen gestalten</i>	Innovation, Forschung, Entwicklung
Bildung: <i>Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern</i>	Qualifikation, Studienanfänger, ohne Abschluss, tertiärer Abschluss, sekundärer Abschluss, Bildung, Ausbildung
<i>II. Lebensqualität</i>	
Leistungsfähigkeit: <i>Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern</i>	Leistung, Wirtschaftsleistung, BIP, wirtschaftliches Wachstum, Leistungsfähigkeit, Bruttoinlandsprodukt, Wachstum
Mobilität: <i>Mobilität sichern – Umwelt schonen</i>	Transportintensität, Umwelt schonen, Güterbeförderung, Mobilität, ÖPNV, Nahverkehr, Schiene*, *Verkehr
Landbewirtschaftung: <i>In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren</i>	Stickstoffüberschuss, ökologischer Landbau, umweltverträglich, ökologische Landwirtschaft, ökologisch*
Luftqualität: <i>Gesunde Umwelt erhalten</i>	gesunde Umwelt, Luftqualität, Schadstoffbelastung, Umwelt, Luft*



**Tab. 2** (Fortsetzung)

Nachhaltigkeitsbereich	Codes/Suchwörter
Gesundheit & Ernährung: <i>Länger gesund leben</i>	Sterblichkeit, Raucherquote, Adipositas, Gesundheit, Ernährung, gesund*
Kriminalität: <i>Persönliche Sicherheit weiter erhöhen</i>	Straftaten, Kriminalität, Sicherheit
<i>III. Sozialer Zusammenhalt</i>	
Beschäftigung Beschäftigungsniveau	Erwerbstätigenquote, Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsniveau, Arbeitsplatz, Arbeitsplätze, Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Erwerbstätig, beschäftigt*
Perspektiven für Familien: <i>Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern</i>	Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Ganztagesbetreuung, Familie, Betreuung, Vereinbarkeit
Gleichstellung: <i>Gleichstellung in der Gesellschaft fördern</i>	Gleichstellung, Verdienstabstand, Mann und Frau, Männer und Frauen, Frauen, gleichberechtigt*, Frauenförderung
Integration: <i>Integrieren statt ausgrenzen</i>	Integr*, Migrant, ausländisch*, Schulabsolvent, Aufstieg durch Bildung, Schulabschluss
<i>IV. Internationale Verantwortung</i>	
Entwicklungszusammenarbeit: <i>Nachhaltige Entwicklung unterstützen</i>	Entwicklungszusammenarbeit, nachhaltige Entwicklung, Entwicklungsausgaben, Zusammenarbeit, Entwicklung*, internationale Zusammenarbeit
Märkte öffnen: <i>Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern</i>	Handelschancen, Markt öffnen, Entwicklung*, Import

Gesamtmenge an Wörtern der jeweiligen Koalitionsvereinbarung gesetzt. Angesichts des relativ geringen Anteils der Fundstellen am Gesamttext wurde dabei nicht auf das gängige Prozentmaß, sondern auf den analogen Indikator „parts per Million“ zurückgegriffen.<sup>3</sup>

Auf Grundlage der über diesen Indikator abgebildeten relativen Häufigkeit von Nachhaltigkeitscodierungen werden zur Analyse zudem ein Streuungs- und ein Konzentrationsmaß herangezogen.

Die Standardabweichung als Streuungsmaß signalisiert den Grad unterschiedlicher Priorisierungen eines Themenbereiches im Zeitverlauf. Der Herfindahl-Index als Konzentrationsmaß gibt Aufschluss darüber, inwieweit eine Kategorie durch ausgeprägte Schwer-

<sup>3</sup>  $ppm = p_i * 10.000 = h_i * 1.000.000 = \frac{\text{Fundstellen}}{\text{Anzahl der Wörter}} * 1.000.000.$

punktsetzungen innerhalb der jeweiligen Wahlperiode gekennzeichnet ist (vgl. Mosler und Schmid 2003).<sup>4</sup>

### 3 Ergebnisse

Die Darstellung der Ergebnisse ist hierarchisch strukturiert. Im ersten Unterkapitel werden zunächst die summarischen Resultate der vier Nachhaltigkeitskategorien vorgestellt, um eine Indikation für die Entwicklung der gesamten Nachhaltigkeitsthematik in den Koalitionsvereinbarungen zu gewinnen. Anschließend wird auf die relative Bedeutung der vier Themenbereiche im Zeitablauf eingegangen, um mögliche Veränderungen in den politischen Schwerpunkten zu identifizieren. Gegenstand des zweiten Unterkapitels ist dann eine Analyse der Entwicklungen innerhalb der Themenbereiche, denen jeweils ein eigenes Unterkapitel gewidmet ist. Es folgt eine Betrachtung der insgesamt 25 unterschiedlichen Nachhaltigkeitsthemen.<sup>5</sup>

#### 3.1 Kategorienübergreifende Analyse der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in den Koalitionsvereinbarungen

Abbildung 1 illustriert zunächst die Entwicklung der an der relativen Häufigkeit der Nennung einschlägiger Indikatoren festgemachten Gesamtrelevanz des Nachhaltigkeitsthemas in den Koalitionsvereinbarungen der letzten Dekaden. In der Terminologie der Marketingwissenschaft visualisiert die Abbildung also quasi die „Marktvolumensentwicklung“ des Nachhaltigkeitsthemas als Teil der bundespolitischen Agenda.

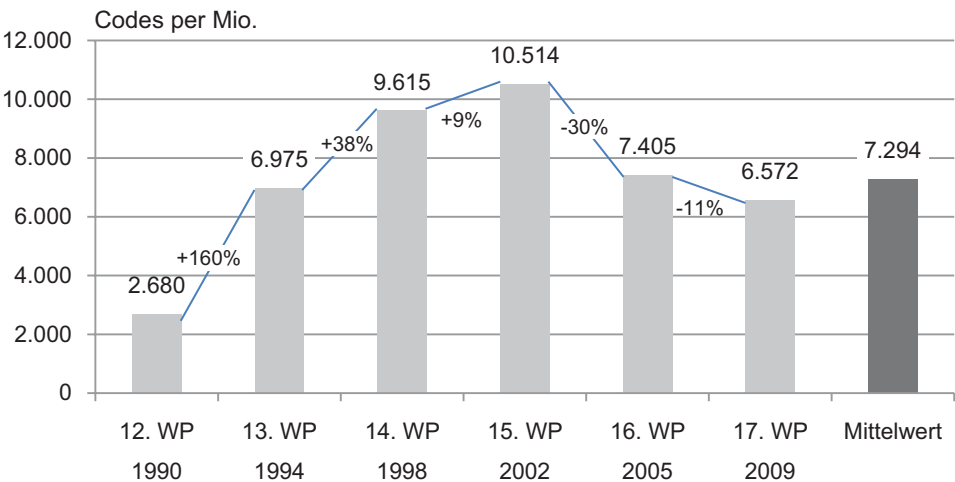
Die Abbildung verdeutlicht zunächst einmal, dass das Nachhaltigkeitsthema in den Koalitionsvereinbarungen der letzten Jahrzehnte insgesamt stark an Bedeutung gewonnen hat. So beträgt die durchschnittliche Wachstumsrate von Nachhaltigkeitsbegriffen in den Koalitionsvereinbarungen rund 33 %. Gleichzeitig wird allerdings auch deutlich, dass der politische Stellenwert von Nachhaltigkeitsfragen offenbar seinen Höhepunkt überschritten hat. Während im Zeitraum von 1990 bis 2002 (12. bis 15. WP) eine zum Teil erheblich wachsende Bedeutung auszumachen ist, sinkt der relative Anteil von Nachhaltigkeitsthemen in der 16. (–30 %) und 17. (–11 %) Wahlperiode spürbar ab.

Im Hinblick auf die vier Nachhaltigkeitskategorien dokumentiert Abbildung 2 deren relative Bedeutung im Zeitablauf im Sinne von „Marktanteilen“.

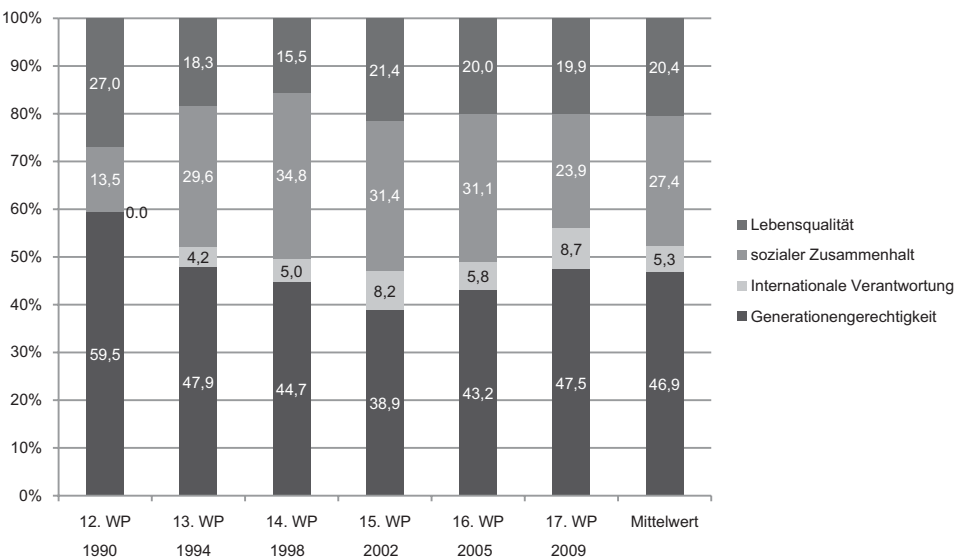
<sup>4</sup>  $H := \sum_{i=1}^N h_i^2$  mit  $h_i := \frac{x_i}{\sum_{j=1}^N x_j}$ .

Ein Wert von 1 bedeutet in diesem Zusammenhang, dass alle Codierungen auf eine Kategorie entfallen, d. h. maximale Konzentration vorliegt, wohingegen ein Wert von  $1/N$  Gleichverteilung (minimale Konzentration) signalisiert.

<sup>5</sup> Die Abweichung zur weiter oben angeführten Zahl von 21 Themen resultiert aus der Codierung einer Kategorie „Sonstiges“ für jede der vier Nachhaltigkeitskategorien.



**Abb. 1** Entwicklung des Anteils von Nachhaltigkeitsthemen in Koalitionsvereinbarungen



**Abb. 2** Relativer Stellenwert der vier Nachhaltigkeitskategorien im Zeitablauf

In einer ordinalen Perspektive dokumentiert die Abbildung eine im Zeitablauf relativ stabile Priorisierung der vier Nachhaltigkeitskategorien. Durchgängig ist „Generationengerechtigkeit“ die am häufigsten vorkommende Kategorie, gefolgt von den Themen „Sozialer Zusammenhalt“, „Lebensqualität“ und „Internationale Verantwortung“. Eine Ausnahme von dieser Reihenfolge ist lediglich in der 12. WP zu beobachten: hier wurde das Thema „Lebensqualität“ häufiger aufgeführt als der Bereich „Sozialer Zusammenhalt“. Die 12. WP kann hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte insgesamt als Ausreißer klassifiziert werden. So finden sich lediglich in dieser WP keine Hinweise zur „Internatio-

nenalen Verantwortung“. Zudem ist die Dominanz des Themas „Generationengerechtigkeit“ in dieser Periode außergewöhnlich hoch (59,5 %). Die skizzierte Spezifität der Koalitionsvereinbarung der 12. WP ist vermutlich nicht zuletzt auf die politische Sondersituation in Folge der deutschen Einheit zurückzuführen.

Ungeachtet der Stabilität hinsichtlich der Rangfolge der Themen zeigen sich auf metrischem Skalenniveau einige aufschlussreiche Veränderungen. So fällt auf, dass der Themenbereich „Generationengerechtigkeit“ von der 12. bis zur 15. WP kontinuierlich an relativer Bedeutung verloren hat, seitdem aber wieder stetig bedeutsamer geworden ist. Über alle WP hinweg vereint dieser Themenbereich knapp 50 % aller Nachhaltigkeitshinweise der Koalitionsvereinbarungen. Der Bereich „Internationale Verantwortung“ ist der mit Abstand am wenigsten genannte Themenbereich (MW: 5,3 %), wobei hierbei sicher auch die geringe Anzahl an themeneinschlägigen Indikatoren und damit Codierungen zu berücksichtigen ist. Der Anteil des Themenbereiches „Sozialer Zusammenhalt“ schwankt von der 13. bis zur 16. WP geringfügig um die 30 %, hat in der 17. WP allerdings zu Gunsten der Bereiche „Generationengerechtigkeit“ und „Internationale Verantwortung“ an Stellenwert eingebüßt. Vergleichsweise konstant entwickelte sich der Themenbereich „Lebensqualität“, der sich abgesehen von der 12. WP im Zeitablauf eng um die 20 %-Marke bewegt.

Insgesamt zeigt sich – wenn man von der Sondersituation der 12. WP abstrahiert – einerseits eine gewisse Konstanz hinsichtlich der relativen Relevanz der Nachhaltigkeitsthemen. Der mit Abstand wichtigste Themenbereich ist „Generationengerechtigkeit“. Ungefähr gleichgewichtig sind die Bereiche „Lebensqualität“ und „Sozialer Zusammenhalt“, wobei letzterer ein leichtes Übergewicht aufweist. Eher randständig wird der Aspekt der „Internationalen Verantwortung“ behandelt. Trotz dieser grundsätzlichen Stabilität offenbaren sich andererseits aber auch deutliche Schwerpunktsetzungen in den einzelnen WP. So schwankt beispielsweise die Wachstumsrate des Themas „Sozialer Zusammenhalt“ zwischen +469,7 % (13. zur 12. WP) und –31,7 % (17. zur 16. WP). Ähnlich große Variationen lassen sich auch für die anderen Themenbereiche identifizieren („Lebensqualität“ zwischen +76,3 % und –34,3 %, „Internationale Verantwortung“ zwischen +80,8 und –50,4 % sowie „Generationengerechtigkeit“ zwischen +109,6 und –21,9 %). Insgesamt entwickeln sich die einzelnen Themenbereiche somit offenbar relativ unabhängig von der Gesamtkonjunktur des Nachhaltigkeitsthemas. Mit anderen Worten werden von den politischen Akteuren in den einzelnen WP thematische Schwerpunkte gesetzt. Dies illustriert auch das in Abbildung 3 dargestellte Konzentrationsmaß.

Es zeigt sich, dass im Zeitraum von 1990 bis 2002 die thematische Ausgewogenheit der Koalitionsvereinbarungen im Hinblick auf Nachhaltigkeitsfragen zugenommen hat. Die prozentuale Verteilung der einzelnen Themenbereiche hat sich also untereinander angenähert (Herfindahl-Index bei minimaler Konzentration entspräche  $H_{min} = 0,25$ ). Ab der 16. WP ist allerdings wieder eine stärkere Ungleichgewichtigkeit zu beobachten. Dieser Verlauf korrespondiert mit der Wachstumsentwicklung des Gesamthemas (vgl. Abb. 1). Das Wachstum von der 12. bis zur 15. WP ging also mit einer stärkeren Ausgewogenheit der vier Nachhaltigkeitsthemen einher. Der Rückgang ab der 16. WP wiederum hat eine stärkere thematische Fokussierung mit sich gebracht.

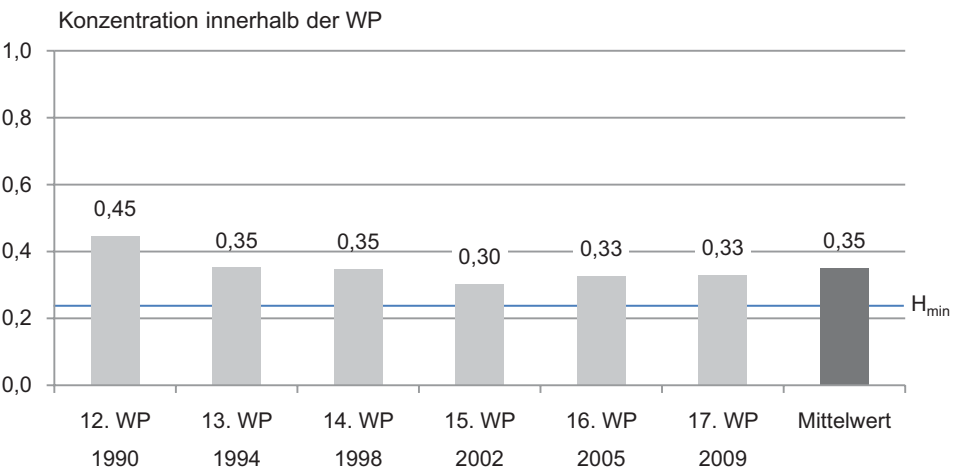


Abb. 3 Ausmaß der thematischen Fokussierung auf die vier Nachhaltigkeitskategorien im Zeitablauf

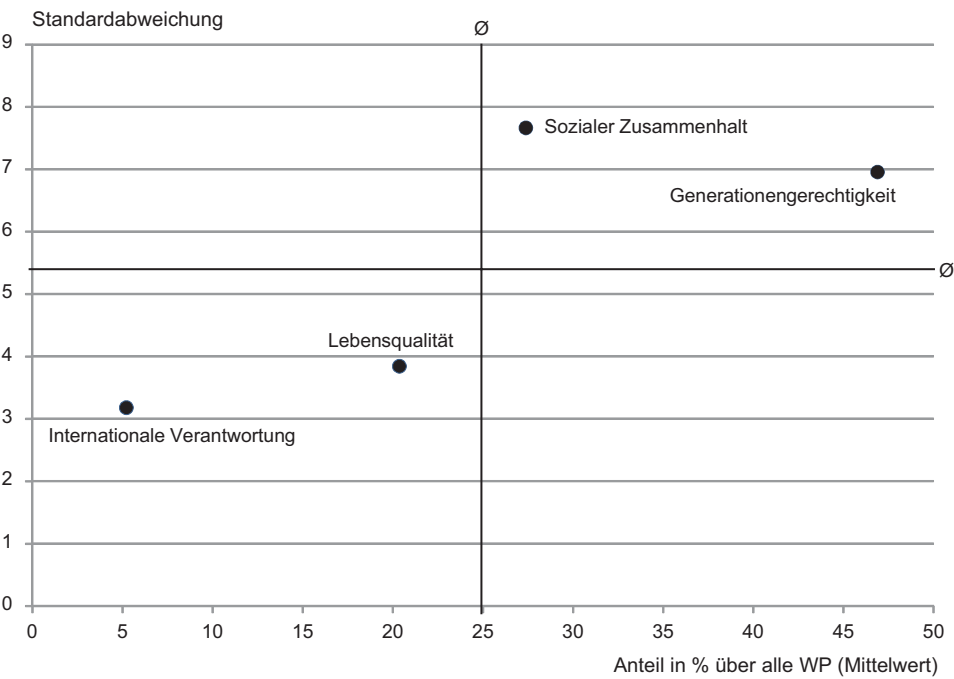


Abb. 4 Standardabweichung und Mittelwert der vier Nachhaltigkeitskategorien

Abschließend soll auf die Streuung der vier Themenbereiche im Zeitablauf eingegangen werden. Dazu wird auf die Standardabweichung zurückgegriffen. Zusätzlich sind in Abbildung 4 die Mittelwerte der prozentualen Anteile der vier Themenbereiche über alle WP hinweg dargestellt. So ist eine Abschätzung möglich, ob eher prominente oder eher

randständige Nachhaltigkeitsthemen einer größeren Schwankung ihres relativen Gewichts in den Koalitionsvereinbarungen ausgesetzt sind.

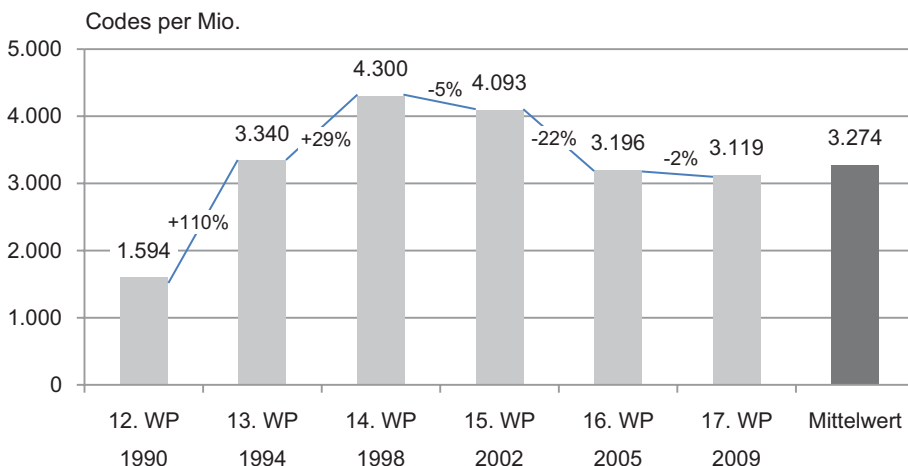
Es zeigt sich, dass offenbar ein Zusammenhang zwischen der relativen Bedeutung eines Themas und seiner Streuung besteht. Die Themen mit dem größten Gewicht („Generationengerechtigkeit“ und „Sozialer Zusammenhalt“) sind auch diejenigen mit der höchsten Bedeutungsvolatilität. Offenbar sind diese Themen zwar unabhängig von der politischen Grundausrichtung der Handelnden prinzipiell bedeutsam, das Ausmaß ihrer relativen Priorisierung im Kanon der Nachhaltigkeitsthemen wird jedoch scheinbar durch die Schwerpunkte in der jeweiligen politischen Agenda maßgeblich beeinflusst.

### 3.2 Ergebnisse zu den einzelnen Nachhaltigkeitskategorien

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zu den vier Nachhaltigkeitskategorien vorgestellt. Dabei wird durchgängig zunächst auf die Gesamtentwicklung des jeweiligen Themenbereiches eingegangen. Anschließend werden auf Grundlage von Streuungs- respektive Konzentrationsmaßen sowohl Konzentrationen innerhalb des jeweiligen Themenblocks als auch Veränderungen der Einzelthemen im Zeitablauf diskutiert.

#### 3.2.1 Generationengerechtigkeit

Abbildung 5 zeigt die Entwicklung der relativen Menge an Fundstellen zum Themenbereich „Generationengerechtigkeit“, dem mit Abstand am häufigsten vertretenen Nachhaltigkeitsthema der Koalitionsvereinbarungen.



**Abb. 5** Entwicklung des Anteils von Fundstellen zur Kategorie Generationengerechtigkeit

**Tab. 3** Anteil der Themen innerhalb der Kategorie „Generationengerechtigkeit“ im Zeitverlauf

	12. WP	13. WP	14. WP	15. WP	16. WP	17. WP	Mittelwert
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	
Angaben in %							
Innovation	0,0	29,4	29,2	17,4	34,1	27,5	22,9
Bildung	22,7	20,6	23,6	16,5	15,2	12,2	18,5
Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge	27,3	11,8	5,6	18,3	12,2	11,5	14,4
Erneuerbare Energien	9,1	11,8	9,7	12,8	5,5	9,2	9,7
Ressourcenschonung	13,6	5,9	12,5	6,4	7,3	9,2	9,2
Klimaschutz	13,6	2,9	2,8	8,3	10,4	15,3	8,9
Artenvielfalt	13,6	2,9	6,9	6,4	6,1	6,1	7,0
Staatsverschuldung	0,0	14,7	8,3	6,4	6,1	4,6	6,7
Flächeninanspruchnahme	0,0	0,0	1,4	2,8	1,2	3,1	1,4
Generationengerechtigkeit	0,0	0,0	0,0	4,6	1,8	1,5	1,3
Summe	100	100	100	100	100	100	100

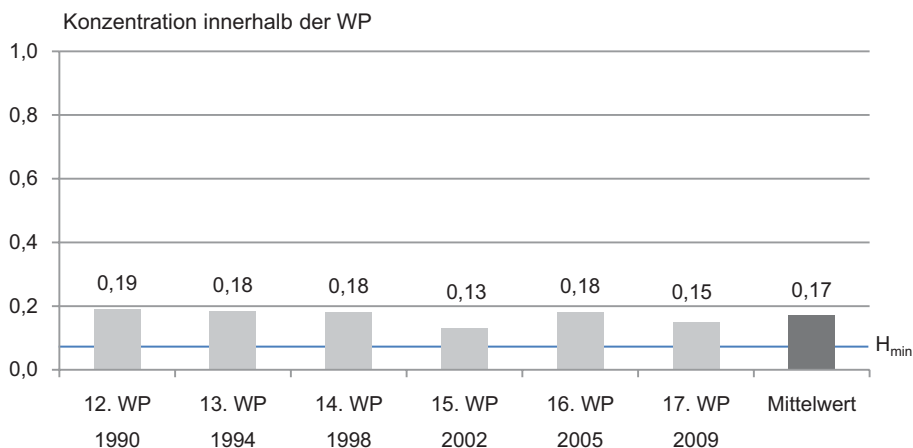
Auch diese Kategorie hat wie das Gesamthema in den Koalitionsvereinbarungen im Zeitablauf insgesamt eine wachsende Beachtung gefunden. Allerdings fällt die mittlere Wachstumsrate (+22%) etwas geringer aus als im Durchschnitt aller Themenbereiche (+33%). Auffällig ist zudem, dass das Thema „Generationengerechtigkeit“ seinen Maximalwert bereits in der 14. WP und damit eine Periode früher als die Summe aller Nachhaltigkeitsthemen erreicht hat. Schließlich ist anzumerken, dass der in der 16. und 17. WP allgemein zu beobachtende Rückgang des Nachhaltigkeitsthemas beim Thema „Generationengerechtigkeit“ weniger stark ausfällt.

Im Hinblick auf die Einzelthemen innerhalb der Kategorie (vgl. Tab. 3) lassen sich drei Schwerpunkte identifizieren, die im Durchschnitt aller Perioden gemeinsam mehr als 50% des Gesamtvolumens auf sich vereinen: Innovation (MW: 22,9%), Bildung (MW: 18,5%) und wirtschaftliche Zukunftsvorsorge (MW: 14,4%).

Das Innovationsthema ist erst in der 13. WP auf die Agenda der Koalitionsvereinbarungen gelangt und ist seitdem (mit einer Ausnahme in der 15. WP) das am häufigsten adressierte Thema im Bereich „Generationengerechtigkeit“. Bildungsthemen sind seit der 15. WP kontinuierlich weniger häufig in Koalitionsvereinbarungen vertreten. In der 17. WP wurden sie in der quantitativen Bedeutung vom Klimaschutz überholt. Noch deutlicher hat der Bereich wirtschaftliche Zukunftsvorsorge an Relevanz verloren. In der Koalitionsvereinbarung zur 12. WP mit 27,3% aller Codierungen der Kategorie „Generationengerechtigkeit“ noch bedeutsamster Bereich, rangiert er im letzten Erhebungszeitpunkt nur noch an vierter Position.

Fasst man die Themen Erneuerbare Energien, Klimaschutz, Ressourcenschonung und Artenvielfalt als „Erhalt natürlicher Ressourcen“ zusammen, so ergibt sich ein weiterer großer thematischer Schwerpunkt innerhalb der Kategorie „Generationengerechtigkeit“.



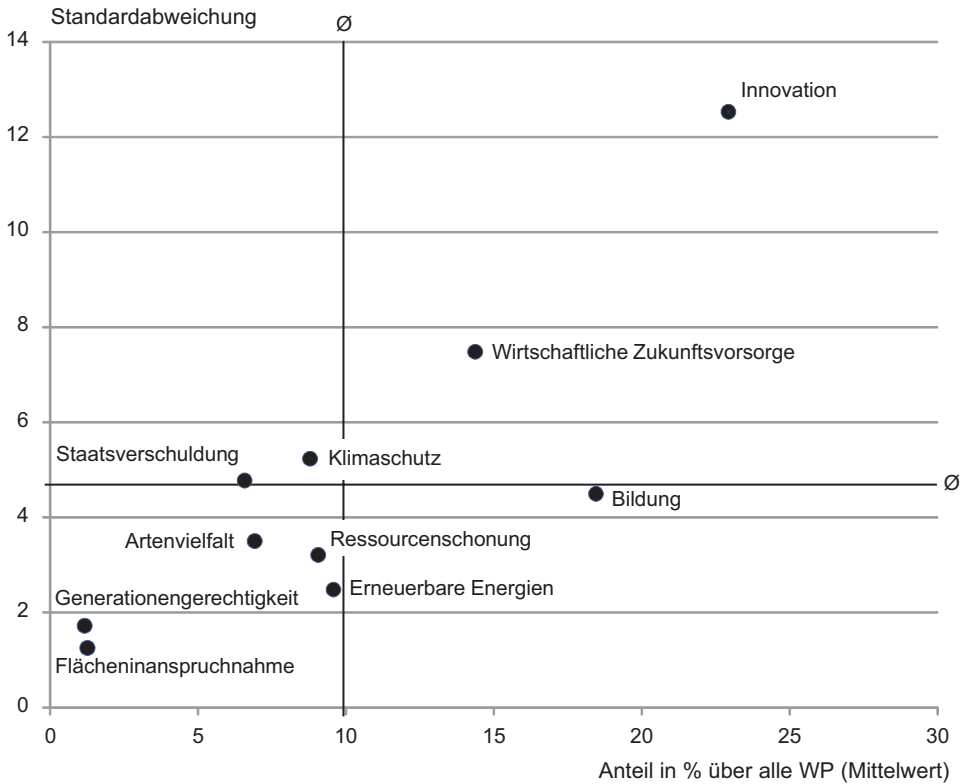


**Abb. 6** Ausmaß der thematischen Fokussierung innerhalb der Kategorie Generationengerechtigkeit im Zeitverlauf

Im Durchschnitt aller Untersuchungsperioden vereint dieser Block rund ein Drittel aller Fundstellen der Kategorie auf sich. Insbesondere in der 12. (49,9%) und in der 17. WP (34,8%) waren Themen aus dem Kontext „Erhalt natürlicher Ressourcen“ besonders häufig vertreten. Insgesamt wird die thematische Kategorie somit von eher wirtschaftsorientierten Aspekten der Generationengerechtigkeit einerseits (Innovation, Bildung, wirtschaftliche Zukunftsvorsorge) und eher ökologischen andererseits (erneuerbare Energien, Klimaschutz, Ressourcenschonung und Artenvielfalt) bestimmt. Erstgenannte finden dabei deutlich häufiger Beachtung als letztgenannte.

Im Hinblick auf die Streuung innerhalb und zwischen den WP zeigt Abbildung 6 zunächst das Ausmaß der Themenfokussierung in den einzelnen WP. Mit Ausnahme der 15. WP und mit Abstrichen der 17. WP zeigt sich hierbei ein homogenes Bild. Das Ausmaß der Schwerpunktsetzung bei unterschiedlichen Themen der Kategorie „Generationengerechtigkeit“ war somit im Untersuchungszeitraum grundsätzlich stabil, womit nichts über mögliche Verschiebungen zwischen einzelnen Themen gesagt ist. Eine deutliche Ausnahme zu diesem Befund bildet die 15. WP, in der die ausgewogenste Verteilung zwischen den 10 Themen der Kategorie zu beobachten ist. In dieser Wahlperiode waren alle 10 Themen Gegenstand der Koalitionsvereinbarung, wobei kein Thema einen Anteil von mehr als 20% erreicht und vier Themen (Innovation, Bildung, wirtschaftliche Zukunftsvorsorge und Klimaschutz) jeweils mehr als 10% der codierten Inhalte repräsentieren. Ähnliches gilt für die ebenfalls thematisch relativ ausgewogene 17. WP. Hier wurde jedoch ein besonderer Schwerpunkt auf Innovationsthemen gelegt (27,5%).

Mit Blick auf die Streuung der einzelnen Themen im Zeitverlauf dokumentiert Abbildung 7 die Standardabweichung und die durchschnittliche thematische Repräsentanz. Relativ hohe Schwankungen finden sich bei den Themen Innovation und wirtschaftliche Zukunftsvorsorge; beides Aspekte, die auch einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Codierungen in der Kategorie aufweisen. Analog zur Aussage über die vier Hauptkategorien korrespondiert auch bei den Themen innerhalb der Kategorie „Generationengerechtigkeit“ eine im Durchschnitt größere thematische Repräsentanz mit einer höhe-

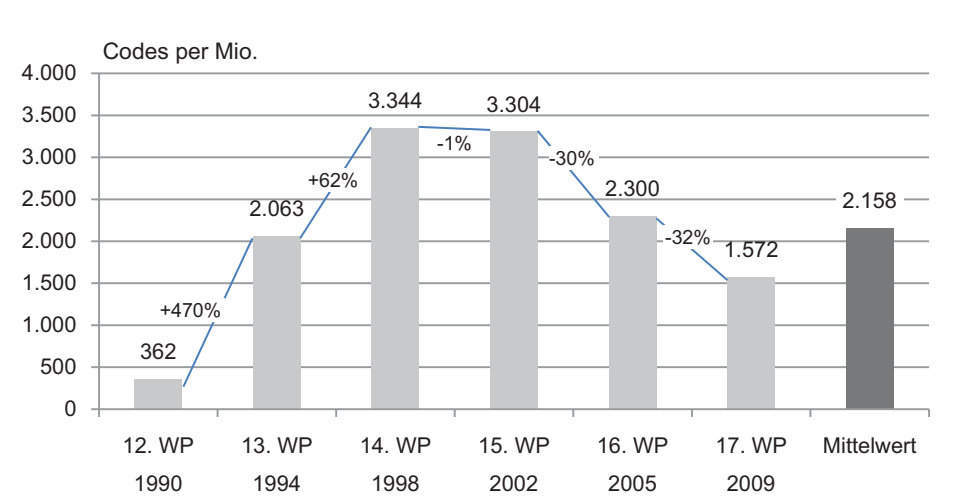


**Abb. 7** Standardabweichung und Mittelwert der Themen innerhalb der Kategorie Generationengerechtigkeit

ren Streuung. Im Gegensatz zur Analyse bei den Hauptkategorien sind die Felder „unten rechts“ und „oben links“ in der Abbildung jedoch besetzt. So ist das Bildungsthema die am zweithäufigsten erfasste Kategorie, die allerdings eine – wenn auch nur geringfügig– unterdurchschnittliche Standardabweichung aufweist. Offenbar wurde Bildung über alle Untersuchungsperioden hinweg als überdurchschnittlich bedeutsamer Bestandteil von Koalitionsvereinbarungen angesehen. Umgekehrt zeigen sich Themen (Klimaschutz, Staatsverschuldung), deren thematischer Anteil insgesamt unterdurchschnittlich ausfällt, die allerdings eine relativ große Streuung aufweisen. Staatsverschuldung vereinigte beispielsweise im Jahr 1994 14,7% aller Codierungen der Kategorie „Generationengerechtigkeit“ auf sich, in der vorangegangenen 12. WP hingegen 0%. Ähnlich war der Klimaschutz 2005 relativ bedeutsam (15,3%), 1994 mit 2,9% hingegen nur von nachrangiger Relevanz.

### 3.2.2 Sozialer Zusammenhalt

Abbildung 8 fasst die Entwicklung der Kategorie „Sozialer Zusammenhalt“ zusammen. Der Verlauf ähnelt zwar grundsätzlich der Entwicklung des gesamten Nachhaltigkeitsthemas, allerdings zeigen sich doch einige Besonderheiten. So ist dieser Themenbereich die



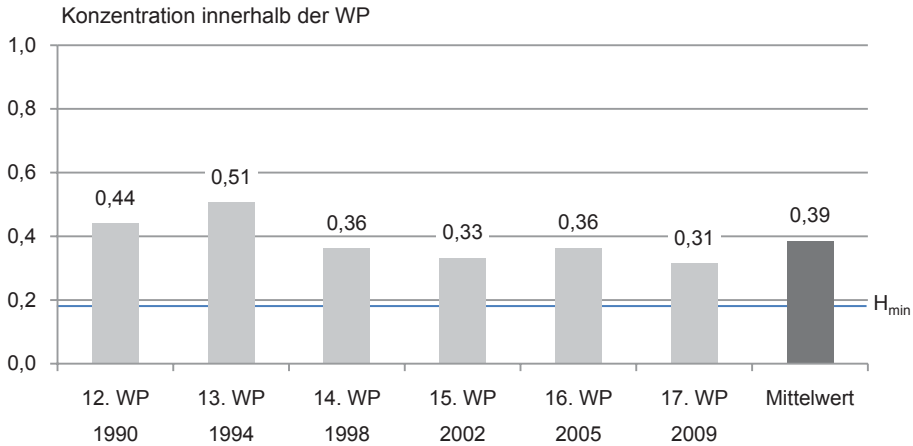
**Abb. 8** Entwicklung des Anteils von Fundstellen zur Kategorie Sozialer Zusammenhalt

in der Betrachtung über alle Perioden hinweg mit Abstand am stärksten gewachsene Kategorie (+94%). Allerdings ist dieses Wachstum insbesondere auf die großen Steigerungen in der 13. (+470%) und 14. WP (+62%) zurückzuführen. Nach einer Stagnationsphase in der 15. WP hat die Kategorie „Sozialer Zusammenhalt“ in der 16. (–30%) und 17. WP (–32%) in den Koalitionsvereinbarungen deutlich an Präsenz verloren. In der 17. WP fällt der Rückgang dabei in Relation zum Durchschnitt aller Themen (–11%) weit überdurchschnittlich aus.

Im Hinblick auf die Themen der Kategorie „Sozialer Zusammenhalt“ zeigt sich eine deutliche Schwerpunktsetzung: mit Ausnahme der 12. und 17. WP ist Beschäftigung das dominierende Thema (vgl. Tab. 4). Auch der Mittelwert über alle Perioden (45,2%) illustriert die hohe Relevanz des Beschäftigungsthemas in den Koalitionsvereinbarungen der letzten zwei Dekaden. Der bereits mehrfach thematisierte Ausreißerstatus der 12. WP ist

**Tab. 4** Anteil der Themen innerhalb der Kategorie „Sozialer Zusammenhalt“ im Zeitverlauf

	12. WP	13. WP	14. WP	15. WP	16. WP	17. WP	Mittelwert
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	
Angaben in %							
Beschäftigung	20,0	66,7	51,8	50,0	52,5	30,3	45,2
Perspektiven für Familien	60,0	23,8	16,1	19,3	25,4	19,7	27,4
Gleichstellung	20,0	4,8	25,0	13,6	11,0	6,1	13,4
Integration	0,0	4,8	7,1	15,9	10,2	42,4	13,4
Sozialer Zusammenhalt	0,0	0,0	0,0	1,1	0,8	1,5	0,6
Summe	100	100	100	100	100	100	100



**Abb. 9** Ausmaß der thematischen Fokussierung innerhalb der Kategorie Sozialer Zusammenhalt im Zeitverlauf

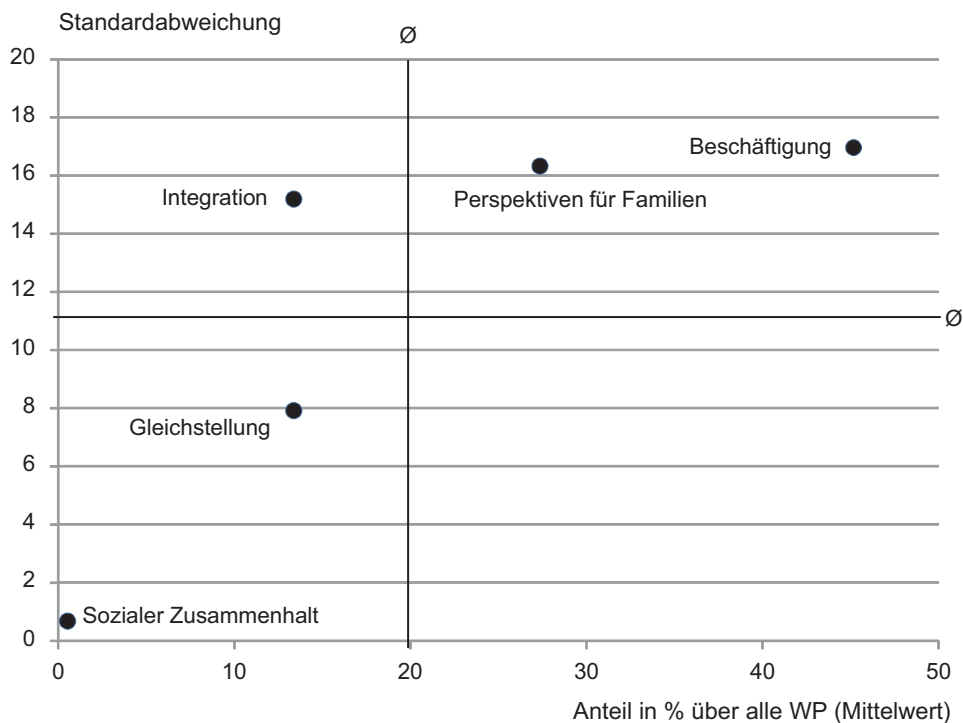
auch hier evident. Kategoriespezifisch kommt hinzu, dass in der Koalitionsvereinbarung dieser Wahlperiode nur insgesamt fünf Codierungen zum Bereich „Sozialer Zusammenhalt“ identifiziert werden konnten, was die Aussagekraft der Verteilungswerte nachhaltig einschränkt. Inhaltlich aufschlussreich ist hingegen die Entwicklung in der Koalitionsvereinbarung des Jahres 2009, wo eine deutliche Schwerpunktverlagerung in Richtung des Integrationsthemas zu beobachten ist. Familienbezogene Themen schwanken im Zeitablauf relativ gleichmäßig um den Wert von 20 % (Ausnahme 12. WP). Gleichstellung als – gemeinsam mit Integration – dritthäufigstes Thema weist hingegen eine deutlich stärkere Schwankung auf. Integration schließlich wurde lange Zeit eher randständig behandelt, hat aber in den jüngsten WP – wie beschrieben insbesondere in der letzten WP – stark an Bedeutung gewonnen.

Die über viele Jahre zu beobachtende Dominanz des Beschäftigungsthemas signalisiert bereits eine relativ starke Fokussierung innerhalb der Kategorie. Abbildung 9 zum Konzentrationsmaß verdichtet diesen Hinweis. So fällt die Fokussierung im Bereich „Sozialer Zusammenhalt“ ( $H_{MW} = 0,39$ ;  $H^* = 1,93$ ) stärker aus als im zuvor diskutierten Bereich „Generationengerechtigkeit“ ( $H_{MW} = 0,17$ ;  $H^* = 1,7$ )<sup>6</sup>.

Bei dieser Kategorie ist die Konzentration in der 12. und 13. WP höher als in den darauffolgenden Wahlperioden. Ab der 14. WP gewinnt das Integrationsthema an Bedeutung, was dafür sorgt, dass das Themenspektrum in der Kategorie „Sozialer Zusammenhalt“ fortan ausgewogener wird.

<sup>6</sup> Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl an Subkategorien je Themengebiet ist ein Vergleich der Konzentrationsmaße so nicht möglich. Daher wurden die Maße normiert, indem das mittlere Konzentrationsmaß je Themengebiet durch den Wert der jeweils minimalen Konzentration (d. h. dem

Wert, der bei Gleichverteilung vorliegen würde) dividiert wurde:  $H^* = \frac{\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n H_i}{H_{min}}$ .

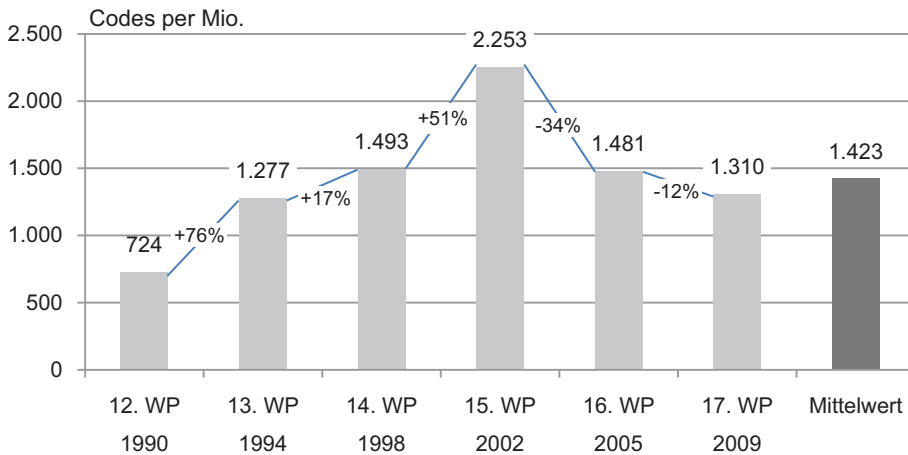


**Abb. 10** Standardabweichung und Mittelwert der Themen innerhalb der Kategorie Sozialer Zusammenhalt

Abschließend soll auch für den Bereich „Sozialer Zusammenhalt“ die Streuung einzelner Themen im Zeitablauf in Relation zu ihrer durchschnittlichen Präsenz reflektiert werden (vgl. Abb. 10). Ähnlich wie bei den vorherigen Analysen korrespondiert die Streuung des thematischen Anteils mit dem Mittelwert über alle Perioden. Davon abweichend weist das Integrationsthema eine annähernd so große Standardabweichung auf wie Familien- und Beschäftigungsfragen bei insgesamt geringerer Bedeutung. Gleichzeitig haben Integrationsfragen die durchschnittlich gleiche Bedeutung wie Aspekte der Gleichstellung bei deutlich höherer Streuung. Während Gleichstellungsfragen die politische Agenda offenbar seit einigen Dekaden in ähnlicher Intensität beschäftigen, sind Integrationsfragestellungen weniger kontinuierlich, punktuell aber sehr ausführlich thematisiert worden. Wie dargelegt, gilt dies vor allem für die 17. WP.

### 3.2.3 Lebensqualität

Analog zur bisherigen Darstellung wird nachfolgend zunächst die Entwicklung der gesamten Kategorie erörtert. Anschließend erfolgt die Diskussion thematischer Schwerpunkte im Bereich „Lebensqualität“ sowie der Streuung innerhalb und zwischen den untersuchten WP. Der Gesamtverlauf (vgl. Abb. 11) der Berücksichtigung von Fragen der



**Abb. 11** Entwicklung des Anteils von Fundstellen zur Kategorie Lebensqualität

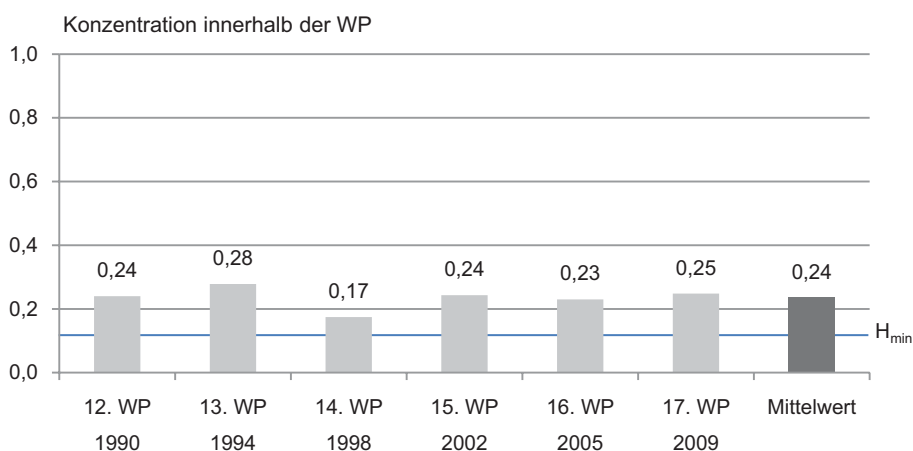
„Lebensqualität“ in den Koalitionsvereinbarungen folgt grundsätzlich dem Muster des Nachhaltigkeitsthemas insgesamt.

Ausgehend von der 12. WP wächst die thematische Bedeutung bis zur 15. WP und fällt in den nachfolgenden WP wieder ab. Gleichwohl weist der Themenbereich „Lebensqualität“ eine Besonderheit auf: er ist erst relativ spät auf die politische Agenda der Koalitionsvereinbarungen gelangt. So sind die Wachstumsraten in der 13. und 14. WP deutlich niedriger als bei den anderen Nachhaltigkeitskategorien. In der 15. WP hingegen wird dem Bereich eine besonders große Bedeutung zuteil. In der Folge entspricht der Verlauf wiederum annähernd dem der Gesamthematik. Die skizzierte Entwicklung bestätigt den zu Beginn des Empirieteils in Abbildung 2 dokumentierten Verlauf der „Marktanteilsentwicklung“ der einzelnen Nachhaltigkeitskategorien. Die Kategorie „Lebensqualität“ sprang in ihrer relativen Bedeutung in der 15. WP auf einen Wert von 21,4%. Seitdem ist der Anteil dieses Themenbereiches nahezu konstant, d. h. er entwickelt sich parallel zur Entwicklung des gesamten Nachhaltigkeitsthemas. Ausschlaggebend für den sprunghaften Anstieg in der 15. WP ist vor allem eine sehr starke Zunahme der relativen Häufigkeit der Fundstellen (parts per Million) zum Thema Gesundheit und Ernährung von 179 in der 14. WP auf 901 in der 15. WP (+403%).

Von den insgesamt sieben Themen innerhalb der Kategorie „Lebensqualität“ haben über alle Untersuchungsperioden hinweg fünf einen durchschnittlich zweistelligen Anteil (vgl. Tab. 5). Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (25,1%) ist das am häufigsten vorkommende Thema, gefolgt von Gesundheit und Ernährung (20,7%), Mobilität (18,3%), Kriminalität (18,2%) und Landbewirtschaftung (10,8%). Insgesamt lässt sich anders als etwa in den Kategorien „Sozialer Zusammenhalt“ (Thema Beschäftigung) und „Generationengerechtigkeit“ (Thema Innovation) kein durchgängiger thematischer Schwerpunkt erkennen. So sind in den sechs untersuchten WP fünf unterschiedliche Themen die jeweils am meisten diskutierten: in der 12. WP Mobilität und Landbewirtschaftung, in der 13. WP

**Tab. 5** Anteil der Themen innerhalb der Kategorie „Lebensqualität“ im Zeitverlauf

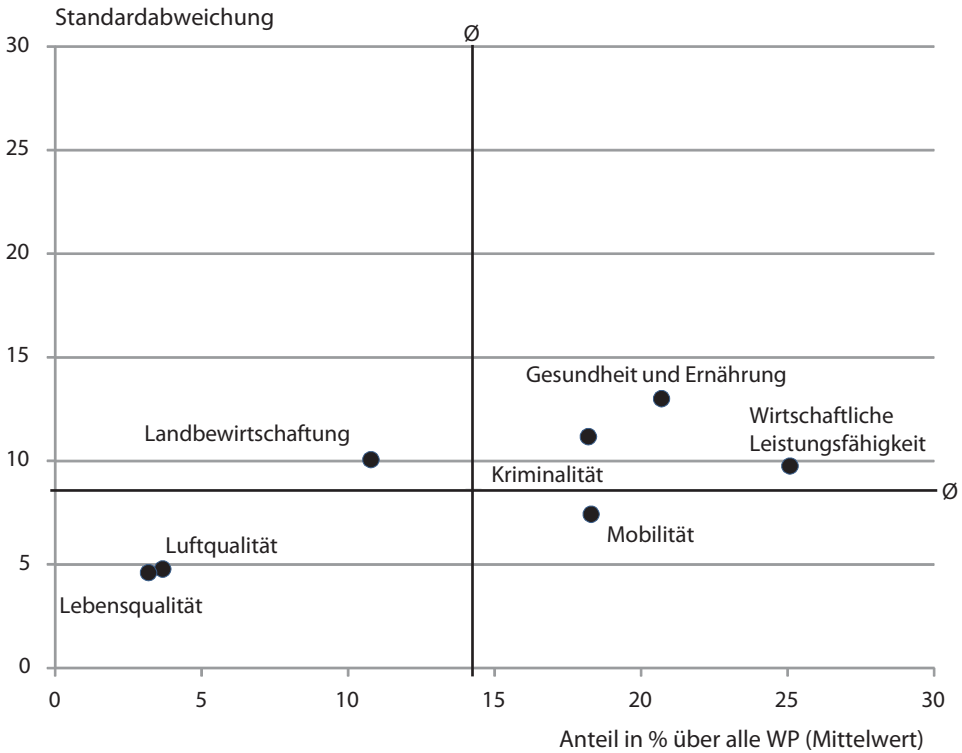
	12. WP	13. WP	14. WP	15. WP	16. WP	17. WP	Mittelwert
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	
	alle Angaben in %						
wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	20,0	30,8	12,0	18,3	36,8	32,7	25,1
Gesundheit und Ernährung	10,0	7,7	12,0	40,0	23,7	30,9	20,7
Mobilität	30,0	15,4	24,0	16,7	9,2	14,5	18,3
Kriminalität	10,0	38,5	24,0	11,7	10,5	14,5	18,2
Landbewirtschaftung	30,0	7,7	12,0	8,3	1,3	5,5	10,8
Luftqualität	0,0	0,0	12,0	1,7	6,6	1,8	3,7
Lebensqualität	0,0	0,0	4,0	3,3	11,8	0,0	3,2
Summe	100	100	100	100	100	100	100

**Abb. 12** Ausmaß der thematischen Fokussierung innerhalb der Kategorie Lebensqualität im Zeitverlauf

Kriminalität, in der 14. WP Mobilität und Kriminalität, in der 15. WP Gesundheit und Ernährung, in der 16. und 17. WP schließlich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Dementsprechend moderat fällt auch das in nachfolgender Abbildung 12 dargestellte Konzentrationsmaß aus. Mit einem normierten Mittelwert von 1,65 ist die Kategorie „Lebensqualität“ weniger konzentriert als die Kategorien „Generationengerechtigkeit“ und „Sozialer Zusammenhalt“. Mit Ausnahme der 14. WP, die thematisch besonders ausgeglichen war, zeigt sich im Längsschnittvergleich zudem eine relativ geringe Streuung um den Mittelwert. Dies bestätigt noch einmal den oben skizzierten Befund einer relativ konstanten thematischen Ausgewogenheit im Zeitablauf. In einzelnen WP werden zwar durchaus unterschiedliche thematische Schwerpunkte gesetzt, dabei ist die Dominanz des jeweiligen Themas in Relation zu den anderen Themen allerdings relativ gering.



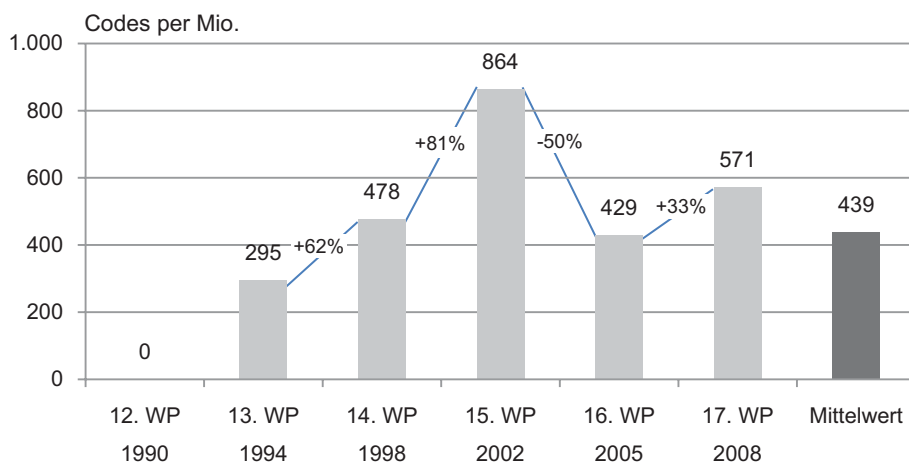


**Abb. 13** Standardabweichung und Mittelwert der Themen innerhalb der Kategorie Lebensqualität

Dementsprechend finden sich vier Themen mit einem durchschnittlichen Anteil, der über der Gleichverteilungsmarke von 14,3 % liegt (vgl. Abb. 13). Zudem ist die Standardabweichung der Themen relativ ausgewogen. Die größte Streuung zeigt sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der skizzierten Sondersituation des Jahres 2002 – beim Thema Gesundheit und Ernährung. In etwa gleich große Streuungen weisen die Themen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Kriminalität und Landbewirtschaftung auf. Von den nennenswert aufgegriffenen Themen hat Mobilität eine besonders geringe Streuung. Es gehört damit zu den wenigen Nachhaltigkeitsthemen mit in der Gesamtschau überdurchschnittlicher Bedeutung und unterdurchschnittlicher Streuung. Mit anderen Worten handelt es sich offenbar um eine von den politischen Akteuren im Zeitablauf relativ kontinuierlich als bedeutsam eingestufte Fragestellung.

### 3.2.4 Internationale Verantwortung

Der Themenbereich „Internationale Verantwortung“ unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von den drei bisher erörterten Nachhaltigkeitskategorien. Zunächst einmal ist es die Kategorie mit der mit Abstand geringsten Anzahl von Fundstellen, was sicher auch auf die geringe Menge von Themen innerhalb der Kategorie zurückzuführen ist. Die niedrige



**Abb. 14** Entwicklung des Anteils von Fundstellen zur Kategorie Internationale Verantwortung

Basis schränkt die Aussagekraft prozentualer Darstellungen nachdrücklich ein. Dies gilt insbesondere für die 13. und 14. WP mit nur drei respektive acht Fundstellen. Darüber hinaus ist der Verlauf des thematischen Lebenszyklus atypisch (vgl. Abb. 14).

Zwar erreicht auch der Themenbereich „Internationale Verantwortung“ – wie das gesamte Nachhaltigkeitsthema – im Jahre 2002 den Höhepunkt seiner quantitativen Präsenz in den Koalitionsvereinbarungen. Im Gegensatz zu allen anderen Kategorien nimmt die Bedeutung der Kategorie in den nachfolgenden WP allerdings nicht kontinuierlich ab, sondern steigt in der letzten Untersuchungsperiode nochmals an (+33%). Thematisch wird die Kategorie durchgängig vom Thema Entwicklungszusammenarbeit dominiert (vgl. Tab. 6). Dies gilt auch für die 15. WP und folgende, in denen die größere Zahl von Fundstellen die Aussagekraft prozentualer Darstellungen erhöht. Streuungs- respektive Konzentrationsmaße sind aufgrund der skizzierten Sonderstellung der Kategorie kaum sinnvoll zu interpretieren. Auf eine explizite Darstellung wird daher verzichtet.

**Tab. 6** Anteil der Themen innerhalb der Kategorie „Internationale Verantwortung“ im Zeitverlauf

	12. WP	13. WP	14. WP	15. WP	16. WP	17. WP	Mittelwert
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	
alle Angaben in %							
Entwicklungs-zusammenarbeit	0,0	66,7	100,0	56,5	77,3	66,7	73,4
Internationale Verantwortung	0,0	33,3	0,0	21,7	13,6	20,8	17,9
Märkte öffnen	0,0	0,0	0,0	21,7	9,1	12,5	8,7
Summe	0	100	100	100	100	100	100

3.3 Analyse auf Themenebene

Abschließend soll ein Schlaglicht auf die Relevanz einzelner Nachhaltigkeitsthemen in den Koalitionsvereinbarungen der letzten zwei Jahrzehnte geworfen werden. Dazu wurden die Fundstellen zu den insgesamt 25 Themen über alle Perioden hinweg aufsummiert und als Prozentwert zur Gesamtsumme aller Fundstellen ausgedrückt. Dieser Prozentwert beschreibt somit den Anteil eines Themas an allen Erwähnungen von Nachhaltigkeitsaspekten in den Koalitionsvereinbarungen der 12. bis 17. WP. Das Ergebnis dieser Analyse zeigt Abbildung 15. In der Abbildung sind die Themen nach ihrem prozentualen Anteil absteigend von links nach rechts sortiert und die kumulierten Prozentwerte sowohl hinsichtlich der Themenanzahl als auch ihrer Anteile dargestellt, um Aufschluss über die thematische Fokussierung zu erhalten.

Zunächst einmal verdeutlicht die Abbildung eine hohe thematische Konzentration von Nachhaltigkeitsaspekten in den Koalitionsvereinbarungen. Die 24% der am häufigsten adressierten Themen vereinen 51,3% aller Fundstellen auf sich. Auf der anderen Seite summiert sich der Anteil der 24% am seltensten genannten Themen nur zu 3,7% aller Fundstellen. Die fünf am häufigsten in den Koalitionsvereinbarungen enthaltenen Themen sind Beschäftigung (14,9%), Innovation (11,2%), Bildung (8,2%), Perspektiven für Familien (6,3%) und wirtschaftliche Zukunftsvorsorge (5,9%). Unter den zehn am häufigsten angeführten Themen stammen vier aus der Kategorie „Generationengerechtigkeit“,

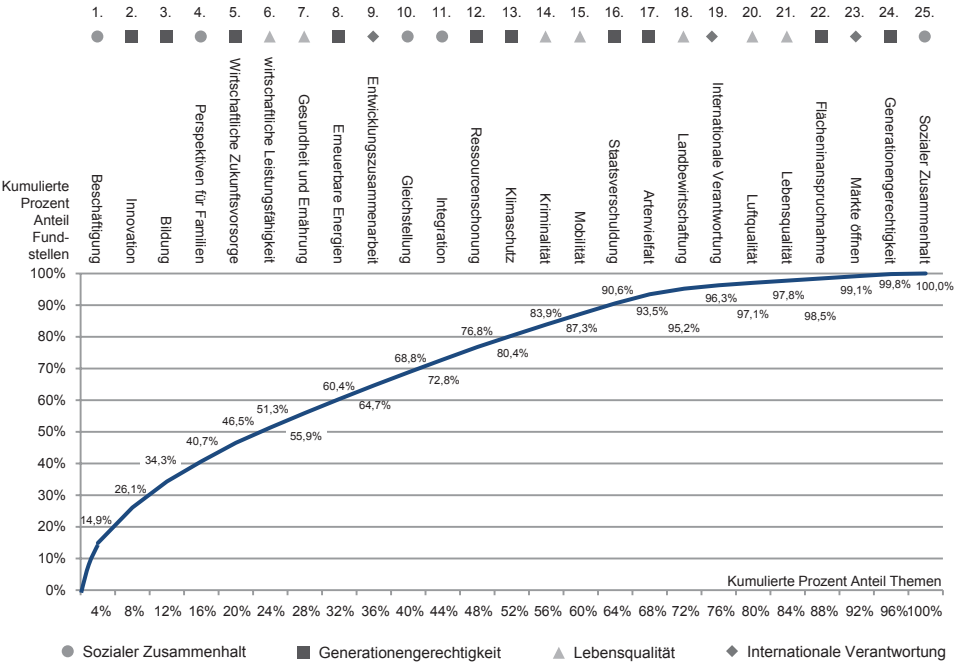


Abb. 15 Thematische Fokussierung von Nachhaltigkeitsaspekten in den Koalitionsvereinbarungen

drei aus der Kategorie „Sozialer Zusammenhalt“, zwei aus dem Themenbereich „Lebensqualität“ und eines aus dem Kontext „Internationale Verantwortung“. Auch auf Ebene der wichtigsten Einzelthemen spiegelt sich somit die Verteilung der Kategorien wider. Auffällig ist zudem, dass explizit ökologische Themen (z. B. Klimaschutz, Ressourcenschonung, Artenvielfalt) eine insgesamt offenbar nachrangige Relevanz besitzen. Das am häufigsten adressierte Thema aus diesem Bereich ist erneuerbare Energien auf Platz acht (4,4%). Wirtschaftlich orientierte Aspekte der Nachhaltigkeit (z. B. Beschäftigung, wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit) nehmen einen deutlich breiteren Raum ein. Vier der 10 am häufigsten erwähnten Themen lassen sich diesem Bereich zuordnen. Diese vier Themen vereinen mehr als ein Drittel (36,8 %) aller Fundstellen auf sich.

---

## 4 Zusammenfassende Diskussion der Ergebnisse

Ziel des vorliegenden Beitrages war eine Analyse des Wandels in den politischen Rahmenbedingungen eines nachhaltigen Marketing. Die intendierte empirische Durchdringung einer solchen Fragestellung machte eine Konkretisierung in zumindest drei Punkten erforderlich. Hinsichtlich des Wandels war erstens der relevante Zeitausschnitt zu definieren, da die Analyse von Veränderungen einer Zeitraumperspektive bedarf (Wann?). Zweitens war das Untersuchungsobjekt „politische Rahmenbedingungen“ zu präzisieren (Wo?). Drittens schließlich war festzulegen, welcher Teil politischer Rahmenbedingungen relevant für nachhaltiges Marketing ist (Wonach?).

Auf alle drei Fragen lassen sich ganz unterschiedliche Antworten finden. Der Zeitraum kann lang oder kurz gewählt werden, er kann die Geschichte der Bundesrepublik oder die letzte Legislaturperiode umfassen. Politische Rahmenbedingungen können sich vor dem Hintergrund der in der Politikwissenschaft etablierten Dreiteilung des Politikbegriffes auf Akteursstrukturen (Politics), Regelwerke (Polity) oder konkrete Politikfelder (Policy) beziehen. Die Breite des Nachhaltigkeitsbegriffes schließlich erlaubt ebenso vielfältige Interpretationen der Fragestellung.

Insofern adressiert der Beitrag mit seinen Konventionen eine spezifische Auffassung dessen, was einen Wandel in den politischen Rahmenbedingungen des Sustainable Marketing ausmachen kann. Er beleuchtet die Koalitionsvereinbarungen seit der Wiedervereinigung im Hinblick auf die Häufigkeit und inhaltliche Provenienz von Nachhaltigkeitsthemen, wie sie sich aus dem Set des Statistischen Bundesamtes zur Messung von Nachhaltigkeit ergeben.

Im Kern sind dabei folgende Ergebnisse festzuhalten: Erstens kann konstatiert werden, dass im Durchschnitt aller beobachteten Wahlperioden Nachhaltigkeitsthemen in den Koalitionsvereinbarungen einen immensen Bedeutungszuwachs erfahren haben. So beträgt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate 33 %. Zweitens haben Nachhaltigkeitsthemen allerdings offenbar den Zenit ihrer Relevanz für Koalitionsvereinbarungen überschritten. Seit 2002 ist ihr thematischer Gesamtanteil spürbar rückläufig. Im Hinblick auf die thematische Ausrichtung lässt sich drittens einerseits eine holistische Nachhal-

tigkeitsperspektive mit andererseits aber auch deutlichen thematischen Schwerpunkten ausmachen. Die zentrale Nachhaltigkeitskategorie der Koalitionsvereinbarungen ist „Generationengerechtigkeit“ (46,9 %), gefolgt von „Sozialer Zusammenhalt“ (27,4 %) und „Lebensqualität“ (20,4 %). Von untergeordneter Bedeutung sind Aspekte der „Internationalen Verantwortung“ (5,3 %). Im Hinblick auf die Konzentration innerhalb einer Wahlperiode und zwischen den Wahlperioden zeigt sich der Bereich „Generationengerechtigkeit“ besonders stabil. Der mit Abstand volatilste Bereich ist „Sozialer Zusammenhalt“, zugleich die im Durchschnitt aller Wahlperioden am stärksten gewachsene Kategorie. Die auf Kategorienebene zu beobachtende Fokussierung spiegelt sich noch deutlicher in der Konzentration einzelner Nachhaltigkeitsthemen wider. Die fünf am häufigsten identifizierten der insgesamt 25 Einzelthemen vereinen zusammen knapp die Hälfte (46,5 %) aller Fundstellen auf sich.

Aus diesen Befunden lassen sich unterschiedliche Schlussfolgerungen für ein an Nachhaltigkeit ausgerichtetes Marketing ziehen. Die Ausführungen sind dabei von der Grundüberlegung getragen, dass ein auf die Sicherstellung gesellschaftlicher Legitimation abzielendes Nachhaltigkeitsmanagement auf einen quantitativen wie qualitativen Fit zum gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs ausgerichtet sein sollte, wie er sich zum Beispiel in Koalitionsvereinbarungen ausdrückt.

Erstens dokumentieren die Ergebnisse eine hohe gesellschaftliche Relevanz von Nachhaltigkeitsthemen. Unternehmen als gesellschaftliche Akteure sollten diesen Bedeutungszuwachs nicht ignorieren. Insofern implizieren die Befunde zunächst einmal einen gewachsenen Stellenwert des Nachhaltigkeitsmanagements im Kontext unternehmerischer Aufgaben.

Der bereits in 2002 erreichte quantitative Höhepunkt von Nachhaltigkeitsbegriffen in den Koalitionsvereinbarungen induziert eine Sensitivität der politischen Akteure gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung wurde von den politischen Akteuren offenbar schon relativ früh erkannt. Wollen Unternehmen die legitimitätssichernde Wirkung einer Nachhaltigkeitsorientierung nicht gefährden, so dürfen sie zweitens nicht Getriebene gesellschaftlicher Entwicklungen sein, sondern proaktiv handelnde und damit glaubwürdige gesellschaftliche Akteure. Insofern gilt es, eigenständig und frühzeitig relevante Nachhaltigkeitsakzente zu setzen. Andernfalls laufen Unternehmen Gefahr, von den relevanten Anspruchsgruppen als Nachlaufakteure klassifiziert zu werden, die gerade so viel Nachhaltigkeit in ihr Handeln integrieren, wie aktuell von der Gesellschaft eingefordert. Ein solches Verhalten dürfte eher legitimationsgefährdend sein.

Der seit 2002 zu beobachtende Rückgang der relativen thematischen Relevanz von Nachhaltigkeit in den Koalitionsvereinbarungen sollte drittens aus Unternehmenssicht nicht als Indiz einer sinkenden gesellschaftlichen Erwartungshaltung gegenüber einem nachhaltigen Unternehmenshandeln missverstanden werden. Der in den Koalitionsvereinbarungen zum Ausdruck gebrachte politische Handlungswille entwickelt über das Scharnier der Gesetzgebung kumulative Wirkungen.

Das relativ breite Spektrum von Nachhaltigkeitsthemen in den Koalitionsvereinbarungen impliziert viertens auch für ein Nachhaltigkeitsmanagement die Anforderung thematischer Diversität. Eine Reduktion des Nachhaltigkeitsbegriffes – etwa auf seine ökologische Dimension – scheint vor diesem Hintergrund nicht zielführend. Die zentrale Position der Kategorie „Generationengerechtigkeit“ bedeutet gleichzeitig, dass ein Nachhaltigkeitsmanagement ohne eine Reflektion des unternehmerischen Beitrages zu diesem Themengebiet nicht empfehlenswert erscheint. Hinweise für im Rahmen eines Nachhaltigkeitsmanagements zu adressierende Themen ergeben sich zudem aus der thematischen Konzentration der Koalitionsvereinbarungen. Beschäftigung, Innovation, Bildung sowie Familie sind Beispiele für prominente Nachhaltigkeitsthemen der Koalitionsvereinbarungen, denen auch auf Ebene des unternehmerischen Handelns angemessen Rechnung zu tragen ist.

Fünftens ergeben sich aus der sowohl innerhalb als auch zwischen den Wahlperioden zu beobachtenden Volatilität der Nachhaltigkeitsthemen Flexibilitätsanforderungen an ein Nachhaltigkeitsmanagement. Die getroffenen Schwerpunktsetzungen sind kontinuierlich zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen. Zudem sind organisatorische Voraussetzungen für eine hinreichende Themenflexibilität zu treffen.

Sechstens schließlich resultiert aus den in den Koalitionsvereinbarungen adressierten Nachhaltigkeitsthemen ein grundsätzlicher Hinweis auf die Rolle von Unternehmen im Kontext einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Vor dem Hintergrund zentraler Nachhaltigkeitsthemen wie Beschäftigung, Innovation, Bildung, allesamt ureigene Handlungsfelder von Unternehmen, scheint es möglich und angezeigt, die vor allem defizitorientierte Klassifizierung von Unternehmen als Gefährder einer nachhaltigen Entwicklung zu überwinden. Unternehmen sind in diesem Sinne nicht nur Verursacher negativer externer Effekte, sondern auch zumindest potenzielle Produzenten einer Reihe positiver externer Effekte. Ihr Nachhaltigkeitsbeitrag sollte in Wissenschaft und Praxis also nicht auf die Vermeidung negativer externer Effekte reduziert werden. Im Gegenteil könnte eine Stärkung der Chancenperspektive mit entsprechenden Handlungsanforderungen an Unternehmen ihren Nachhaltigkeitsbeitrag stärker fördern als eine rein defizitorientierte Vermeidungsstrategie.

Der Beitrag besitzt eine Reihe von Limitationen, die bei der Würdigung der aufgezeigten Schlussfolgerungen zu berücksichtigen sind und gleichzeitig Ansatzpunkte für weiterführende Forschungsarbeiten liefern.

Neben den eingangs erwähnten Beschränkungen, die sich aus der gewählten Interpretation der thematischen Aufgabenstellung ergeben, ist hierbei insbesondere die eingesetzte Methode zu nennen. Die Ergebnisse einer quantitativen Inhaltsanalyse lassen nur eingeschränkte Rückschlüsse auf die tatsächliche inhaltliche Relevanz einzelner Themenbereiche zu, da jeder Begriff des Textmaterials das gleiche Gewicht erhält. Darüber hinaus ergeben sich wie bei jeder empirischen Arbeit Limitationen aus etwaigen Messfehlern, hier insbesondere aus der gewählten Operationalisierung von Nachhaltigkeit. Die Ergebnisse wurden maßgeblich durch die Auswahl der Nachhaltigkeitsindikatoren und der daraus abgeleiteten Suchbegriffe determiniert. Ein anderes Indikatorenset hätte zu

anderen Ergebnissen geführt. So umfassen zum Beispiel die Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung im Bereich „Internationale Verantwortung“ in der Subkategorie Entwicklungszusammenarbeit eher wirtschaftliche Indikatoren, während nicht-ökonomisch quantifizierbare Maßnahmen der Zusammenarbeit, wie zum Beispiel die bilaterale Demokratieförderung, nicht mit einbezogen werden. Darüber hinaus kann die Ableitung der Suchbegriffe aus den Indikatoren verschieden interpretiert werden.

Ungeachtet dieser Beschränkungen wurde mit diesem Beitrag nicht nur für die betriebswirtschaftliche Nachhaltigkeitsforschung Neuland beschritten. Eine Inhaltsanalyse der Koalitionsvereinbarungen unter dem Aspekt der Behandlung von Nachhaltigkeitsthemen wurde erstmals durchgeführt. Eine Ausweitung dieses Ansatzes auf andere Gliederungsebenen des föderalen respektive supranationalen Systems oder auch andere Kulminationspunkte, wie etwa Parteiprogramme, scheint vielversprechend. Schließlich wurden in diesem Beitrag keine expliziten Zusammenhangsbetrachtungen angestellt. Diese wären zum einen in Richtung eines Vergleiches zwischen politischen und unternehmerischen Handlungsabsichten in Bezug auf Nachhaltigkeit möglich. Zum anderen wäre ein Abgleich zwischen politischen Handlungsabsichten, wie sie etwa in Koalitionsvereinbarungen dokumentiert sind und tatsächlich realisierten politischen Handlungen, etwa in Form verabschiedeter Gesetze, ein interessantes weiterführendes Forschungsfeld.

---

## Literatur

- Aguinis H, Glavas A (2012) What we know and don't know about corporate social responsibility: a review and research agenda. *J Manag* 38(4):932–968
- Backhaus K, Schneider H (2009) *Strategisches Marketing*, 2. Aufl. Schäfer-Poeschel, Stuttgart
- Beichelt T (2009) *Deutschland und Europa: die Europäisierung des politischen Systems*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- von Beyme K (2010) *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung*, 11. Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Bundesregierung (2012) *Nationale Nachhaltigkeitsstrategie: Fortschrittsbericht 2012*. Berlin. [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barrierefrei.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile). Zugegriffen: 18. April 2012
- van Dam YK, Apeldoorn PAC (1996) Sustainable marketing. *J Macromark* 16(45):45–56
- Deutscher Bundestag (2010) *Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse*. In: Deutscher Bundestag, *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages*. [http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/06/06\\_10/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/06/06_10/index.html). Zugegriffen: 6. Feb. 2012
- Ferdous AS (2010) Applying the theory of planned behavior to explain marketing managers' perspectives on sustainable marketing. *J Int Consum Mark* 22(4):313–325
- Freimann J (2012) Betriebswirtschaft als Sustainability Science: Anforderungen an betriebswirtschaftliches Denken und Handeln im Licht der Nachhaltigkeits-Vision. *Die Betr* 72(4):279–289
- Friedman M (1970) The social responsibility of business is to increase its profits. *The New York Times Magazine*. <http://www.umich.edu/~thecore/doc/Friedman.pdf>. Zugegriffen: 11. Mai 2012
- Georgii H (2009) *Koalitionsverhandlung – Koalitionsvertrag*. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Berlin



- Hansen U, Schrader U (2005) Corporate social responsibility als aktuelles Thema der Betriebswirtschaftslehre. *Die Betr* 65(4):373–395
- Hunt SD (2011) Sustainable marketing, equity, and economic growth: a resource-advantage, economic freedom approach. *J Acad Mark Sci* 39(1):7–20
- Jahn D (2006) Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Jahn D (2011) Vergleichende Politikwissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Jones P, Clarke-Hill C, Comfort D, Hillier D (2008) Viewpoint: marketing and sustainability. *Mark Intell Plan* 25(2):123–130
- Kotler P, Armstrong G, Wong V, Saunders J (2008) Principles of marketing: European edition, 5. Aufl. Pearson, London
- Kropp S, Sturm R (1998) Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen: Theorie, Analyse und Dokumentation. Leske & Budrich, Opladen
- Kuckartz U (2010) Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, 3. Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Leisinger KM (2008) Zur Relevanz der Unternehmensethik in der Betriebswirtschaftslehre. *Schmalenbachs Z Betr Forsch* 58(8):26–49
- Mayring P (2010) Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, 11. Aufl. Beltz, Weinheim
- Meffert H, Kirchgeorg M (1993) Das neue Leitbild Sustainable Development – der Weg ist das Ziel. *Harv Bus Manag* 15(2):34–45
- Meffert H, Burmann C, Kirchgeorg M (2012) Marketing: Grundlagen marktorientierter Unternehmensführung, 11. Aufl. Gabler, Wiesbaden
- Mosler K, Schmid F (2003) Beschreibende Statistik und Wirtschaftsstatistik. Springer, Berlin
- Moury C (2010) Coalition agreement and party mandate: how coalition agreements constrain the ministers. *Party Polit* 17(3):385–404
- North DC (1990) Institutions, institutional change and economic performance. Cambridge University Press, Cambridge
- Peloza J, Shang J (2011) How can corporate social responsibility activities create value for stakeholders? A systematic review. *J Acad Mark Sci* 39(1):117–135
- Porter ME, Kramer MR (2006) Strategy & society: the link between competitive advantage and corporate social responsibility. *Harv Bus Rev* 84(12):78–92
- Porter ME, Kramer MR (2011) Creating shared value: how to reinvent capitalism – and unleash a wave of innovation and growth. *Harv Bus Rev* 89(1/2):62–77
- Puhl T (2005) Entparlamentarisierung und Auslagerung staatlicher Entscheidungsverantwortung. In: Isensee J, Kirchhoff O (Hrsg) *Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane*. C.F. Müller, Heidelberg, S 639–682
- von Schlieffen K (2005) Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsorgane. In: Isensee J, Kirchhoff O (Hrsg) *Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane*. C.F. Müller, Heidelberg, S 683–708
- Statistisches Bundesamt Deutschland (2012) Nachhaltige Entwicklung Deutschlands: Indikatorenbericht 2012. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltökonomischeGesamtrechnungen/Umweltindikatoren/IndikatorenPDF\\_0230001.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltökonomischeGesamtrechnungen/Umweltindikatoren/IndikatorenPDF_0230001.pdf?__blob=publicationFile). Zugriffen: 18. April 2012
- Vázquez-Carrasco R, López-Pérez ME (2012) Small & medium-sized enterprises and corporate social responsibility: a systematic review of the literature. *Qual Quant* 47(6):3205–3218. doi:10.1007/s11135-012-9713-4
- WCED (1987) Report of the World Commission on Environment and Development: our common future. <http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf>. Zugriffen: 6. Feb. 2012
- Wöhe G (2002) Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 21. Aufl. Vahlen, München



**Universitäts-Professor Dr. Dr. Helmut Schneider** Seit 2006 Inhaber des SVI-Stiftungslehrstuhls für Marketing und Dialogmarketing an der School of Management and Innovation, Steinbeis-Hochschule Berlin. Seinem Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaft sowie der Betriebswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster folgten Promotionen in beiden Fächern. Im Anschluss an seine Habilitation, ebenfalls an der Universität Münster, war Prof. Schneider als Gastdozent an der Marmara Universität Istanbul tätig. Prof. Schneiders Forschungsinteresse gilt Fragestellungen mit gesellschaftlicher Relevanz, wie z.B. der Kommunikation im öffentlichen Sektor, dem freiwilligen Engagement oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In diesem Zusammenhang war er Mitglied der Sachverständigenkommission zur Erstellung des achten Familienberichts.



**Frederik Ferié, MSc** Seit Juli 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am SVI-Stiftungslehrstuhl für Marketing und Dialogmarketing an der School of Management and Innovation, Steinbeis-Hochschule Berlin. Nach seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und der Tel Aviv University war Herr Ferié zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, verantwortlich für den Bereich Internationale Politik. Im Rahmen seines Promotionsvorhabens befasst Herr Ferié sich mit den Forschungsfeldern Political Marketing und Dialogmarketing.



**Anja Quednau, M.Sc.** Seit November 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am SVI-Stiftungslehrstuhl für Marketing und Dialogmarketing an der School of Management and Innovation, Steinbeis-Hochschule Berlin. Zuvor studierte sie Betriebswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Leisure and Tourism Management an der Fachhochschule Stralsund und der Universität von Las Palmas de Gran Canaria. Die Forschungsinteressen von Frau Quednau liegen im Bereich Personalmarketing mit besonderem Fokus auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.